

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXV. Jahrgang, Nr. 12

Dezember 1952

Inhalt

Rückblick auf das Jahr 1952

Stabilisierung der Währung — Stagnation der Produktion — Rückgang der Beschäftigung — Verbesserung der Handels- und Zahlungsbilanz — Ausblick

Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise und Löhne — Ernährung — Land- und Forstwirtschaft — Energiewirtschaft — Industrieproduktion — Umsätze — Arbeitslage — Verkehr; Der Fremdenverkehr im Jahre 1951/52 — Außenhandel; Die Exportsteigerung seit September 1952

Kraftwerkbau und Stromverbrauch

Statistische Übersichten: Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen

Rückblick auf das Jahr 1952

Stabilisierung der Währung — Stagnation der Produktion — Rückgang der Beschäftigung — Verbesserung der Handels- und Zahlungsbilanz — Ausblick

Die wirtschaftliche Lage Österreichs unterschied sich im Jahre 1952 auf dem Gebiete der Währung, der Produktion und des Arbeitsmarktes grundlegend von der in den letzten Jahren.

Nach einem jahrelangen Preis-Lohn-Auftrieb gelang es erstmalig seit Kriegsende, die *Währung zu stabilisieren*. Obwohl Steuer- und Tarifierhöhungen die Produktionskosten gesteigert hatten, gingen Großhandelspreise und Lebenshaltungskosten von Mitte Dezember 1951 bis Mitte Dezember 1952 um 6,4% und 1,0% zurück. Die Baukosten sanken um 1,7%, die Aktienkurse um 15,9% und die schwarzen Devisenkurse um 14,8%. Die Löhne blieben, abgesehen von einigen unbedeutenden Korrekturen, unverändert. Im Jahre 1951 hatten sich Löhne und Preise um durchschnittlich 30 bis 40% erhöht.

Die Stabilisierung des Geldwertes steigerte das Bedürfnis der Wirtschaft nach Liquidität, veranlaßte Händler und Produzenten überhöhte Lager abzustoßen und verschärfte die Konkurrenz um die Absatzmärkte. Inflationistisch aufgeblähte Gewinnspannen wurden reduziert und Unternehmer sowie Arbeiter zu höheren Leistungen angespornt. Das Geldsparen, das in den letzten Jahren fast völlig versiegt war, gewann wieder Bedeutung. Im Jahre 1952 wurden bei den österreichischen Kreditinstituten über

1 Mrd. S Ersparnisse eingelegt gegen nur 77 Mill. S im Jahre 1951.

Gleichzeitig erlahmte allerdings der Aufschwung der *Produktion*. Während die Erzeugung der Industrie im Jahre 1951 noch um 14% gesteigert werden konnte, war sie im Jahre 1952 nur um etwa 1% höher als im Vorjahr¹⁾. Die in den letzten Jahren stark forcierte Bautätigkeit ging um etwa 6% zurück. Die Landwirtschaft brachte wohl um 5% mehr Fleisch, um 7% mehr Milch und um 47% mehr Brotgetreide auf den Markt als im Jahre 1951. Die höhere Marktleistung war jedoch vorwiegend ausreichenden Futtermiteleinfuhren zu verdanken. Die Nettoproduktion der Landwirtschaft (Bruttoproduktion nach Abzug der von anderen Wirtschaftszweigen und aus dem Auslande bezogene Vorleistungen) hat sich nur wenig verändert.

Berücksichtigt man weiters, daß die Leistungen der Bundesbahnen im Personenverkehr um 3% höher und im Güterverkehr um 2% niedriger waren, im Fremdenverkehr dank einem stärkeren Zustrom von Gästen aus Westdeutschland um 3% mehr Übernachtungen gezählt wurden, die Forstwirtschaft um

¹⁾ Die meisten Produktions- und Leistungsdaten sind nur vorläufig, da bisher erst Ergebnisse für die ersten zehn oder elf Monate vorliegen.

13% weniger Holz¹⁾ schlugerte und die Mengenumsätze im Einzelhandel um 2% zurückgingen, so dürfte das gesamte Sozialprodukt der österreichischen Wirtschaft, das in den Jahren 1950 und 1951 noch um 10% und 7% gestiegen war, im Jahre 1952 nur knapp den Vorjahresstand erreicht haben. Der Trend der wirtschaftlichen Aktivität, der im Jahre 1951 noch aufwärts gerichtet war, ging im Jahre 1952 fühlbar zurück.

Die Stagnation der Produktion hatte empfindliche Rückwirkungen auf den *Arbeitsmarkt*. Die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden war zu Jahresbeginn zwar noch niedriger als Anfang 1951, stieg aber im Laufe des Jahres beträchtlich über den Vorjahresstand. Ende 1952 gab es bereits 249.200 Arbeitslose, um fast 100.000 mehr als Ende 1951. Im Jahresdurchschnitt waren 158.000 oder 8% aller unselbständigen Arbeitskräfte arbeitslos gegen 117.700 oder 6% im Durchschnitt 1951. Die Zahl der Beschäftigten war im Jahresdurchschnitt um 44.900 und Ende 1952 um 111.500 niedriger als im Vorjahre.

Die Arbeitslosigkeit war bis Jahresmitte in den Konsumgüterindustrien und gegen Jahresende im Baugewerbe am größten. Aber auch in allen anderen Branchen gab es mehr Arbeitslose als im Jahre 1951. Auch in der Landwirtschaft, die in den letzten Jahren stets nur einen Teil ihres Arbeitskräftebedarfes decken konnte, ist die Nachfrage nach Arbeitskräften zurückgegangen. Partiiell wirkende Sondereinflüsse, wie Exportschwierigkeiten oder die Drosselung der Bautätigkeit, können offenbar nur teilweise den allgemeinen Beschäftigungsrückgang erklären. Man muß vielmehr annehmen, daß die *gesamte* (in- und ausländische) Nachfrage nach heimischen Gütern und Dienstleistungen mit den Erzeugungsmöglichkeiten nicht Schritt gehalten hat. Die Steigerung der Produktivität konnte daher nicht in Form einer höheren Produktion und eines höheren Lebensstandards realisiert werden, sondern lief lediglich darauf hinaus, daß das gleiche Sozialprodukt wie im Jahre 1951 mit einem geringeren Einsatz von Arbeitskräften hergestellt wurde.

Sicherung interner finanzieller Stabilität

Die österreichische Wirtschaftspolitik begann ihre Stabilisierungsbemühungen im Herbst 1951 unter günstigen weltwirtschaftlichen, binnenwirtschaftlichen und psychologischen Voraussetzungen.

Die Koreaussage hatte auf den *Weltmärkten* bereits im I. Halbjahr 1951 ihren Höhepunkt überschritten. Seit dem starken Preiseinbruch auf den

internationalen Rohwarenmärkten im Frühjahr 1951 kam der inflatorische Preis-Lohnauftrieb zunächst in den USA und später in anderen wichtigen Welt handelsstaaten zum Stillstand. In einigen Konsumgüterindustrien, vor allem in der Textilindustrie, wurde die Preis- und Nachfragehaushaus von Absatzstockungen abgelöst, die sich vorübergehend zu einer internationalen Krise auf den Verbrauchsgütermärkten ausweiteten. Andererseits waren wohl die Investitionsgüterindustrien infolge der hohen Rüstungsausgaben noch ausreichend beschäftigt. Im ganzen neigte aber die Weltkonjunktur bis etwa Mitte 1952 sichtlich zur Schwäche.

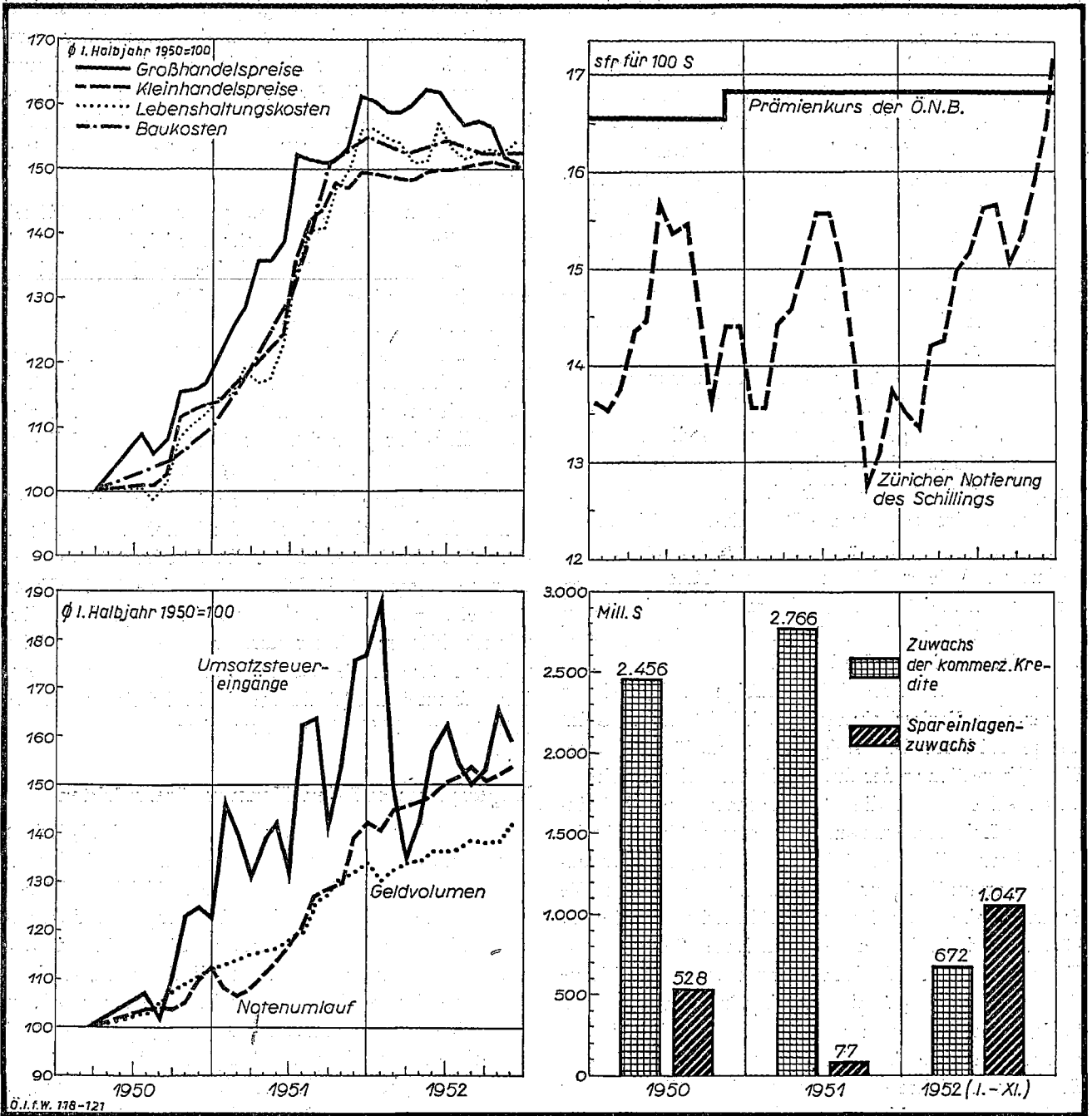
Diese weltwirtschaftlichen Strömungen förderten in doppelter Weise die Stabilisierung des heimischen Preis-Lohnniveaus. Einmal kam der vom Import ausgehende Preis auftrieb zum Stillstand. Die durchschnittlichen Importpreise, die von Mitte 1950 bis Herbst 1951 um 60% gestiegen waren, blieben seither stabil, viele ausländische Rohstoffe wurden sogar billiger. Zum anderen zwangen die wachsenden Exportschwierigkeiten vor allem auf den Konsumgütermärkten, einen größeren Teil der Produktion auf dem Inlandsmarkt anzubieten. Die Industrie erzeugte im IV. Quartal 1951 um etwa 10% mehr als im IV. Quartal 1950, exportierte aber um fast ein Drittel weniger. Das größere Warenangebot dämpfte den Preis auftrieb und leitete zumindest auf einigen Märkten eine Tendenzumkehr ein.

Dazu kam, daß die Koreaussage ebenso wie auf den Weltmärkten auch in der *österreichischen* Wirtschaft Gegenkräfte auslöste. Wie stets bei inflatorischen Prozessen hatte sich die private Nachfrage im Jahre 1951 vorwiegend auf knappe Waren konzentriert, viele Lager waren spekulativ erhöht und Investitionen eingeleitet worden, die sich nur bei steigenden Preisen rentieren konnten. Preise, Produktion und Beschäftigungsstruktur waren vielfach verzerrt. Schon eine Verlangsamung des allgemeinen Preis auftriebes mußte in den von der Hausse besonders begünstigten Bereichen zu einem Rückgang der privaten Nachfrage, zum Abbau überhöhter Lager und damit zu einem Druck auf Preise, Produktion und Beschäftigung führen.

Schließlich waren die *psychologischen* Voraussetzungen für eine Stabilisierungspolitik günstig. Nachdem fünf Preis-Lohn-Abkommen gelehrt hatten, daß das Lizitieren von Preisen und Löhnen auf die Dauer keiner Gruppe Vorteile bringt, wuchs der Widerstand gegen die inflationären Methoden der Wirtschaftspolitik. Die Bevölkerung war sichtlich der seit Kriegsende mit nur kurzen Unterbrechungen anhaltenden Preis-Lohn-Bewegungen müde und in

¹⁾ I. bis III. Quartal.

Stabilisierung der Währung
(Normaler Maßstab)



Der Erfolg der Stabilisierungsbemuhungen lässt sich an verschiedenen Symptomen nachweisen. Das allgemeine Preisniveau, das im Jahre 1951 noch um 40% gestiegen war, ging im Jahre 1952 leicht zurück: die Indizes der Großhandelspreise und der Lebenshaltungskosten sanken um 6,4% und um 1,0%. Gleichzeitig mit der Stabilisierung der inneren Kaufkraft des Schillings erhohnte sich sein Wert auf den freien Devisenmärkten im Auslande. Der freie Schillingkurs in Zürich ist seit Anfang 1952 ständig gestiegen; gegen Jahresende überschritt er vorübergehend den offiziellen Pramienkurs der Nationalbank. Dank einer zurückhaltenden Kreditpolitik hielt sich die Ausweitung des Kreditvolumens im Jahre 1952 in engen Grenzen. Obwohl den Kreditinstituten in den ersten 11 Monaten über eine Mrd. S Spareinlagen zuflossen, gewährten sie nur 672 Mill. S zusätzliche Kredite. Im Jahre 1951 waren die kommerziellen Kredite bei einem Zuwachs von nur 77 Mill. S Spareinlagen um 2.766 Mill. S ausgeweitet worden. Infolge des hohen Überschusses im Zahlungsverkehr mit dem Auslande sind zwar Notenumlauf und Geldvolumen im Jahre 1952 noch gestiegen. Die Ausweitung des Geldvolumens wurde jedoch durch einen Rückgang der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes überkompensiert. Die volkswirtschaftlichen Gesamtumsätze (gemessen an den Umsatzsteuer-eingängen, berechnet auf Basis unveränderter Steuersätze) sind daher gesunken.

hohem Maße bereit, für die Stabilisierung der Währung Opfer zu bringen. Die Wirtschaftspolitik konnte daher Maßnahmen ergreifen, die zu einem früheren Zeitpunkt vermutlich am Widerstand einflußreicher Interessengruppen gescheitert wären.

Die Stabilisierungspolitik selbst begann im Herbst 1951 mit einer *Aktion freiwilliger Preissenkungen* der gewerblichen Wirtschaft, die durch eine *zurückhaltende Lohnpolitik* der Gewerkschaften unterstützt wurde. Allein die Tatsache, daß die Preise nicht mehr weiter stiegen und die Gewerkschaften bereit waren, mit Lohnforderungen zuzuwarten, änderte die Erwartungen über die zukünftige Preisentwicklung und verhalf der aus den früher erwähnten Gründen sich anbahnenden Tendenzumkehr zum Durchbruch.

Der störungsfreie Ablauf des Stabilisierungsprozesses wurde weiters durch den *Ausgleich des Staatshaushaltes* zu sichern gesucht. Der ursprüngliche Vorschlag 1952 hatte ein Defizit von über 1 Mrd. S vorgesehen, während tatsächlich ein Gesamtabgang von 27 Mrd. S drohte. Für die Wirtschaftspolitik ergab sich daraus ein schwer zu lösendes Dilemma. Ein Defizit von dieser Größenordnung hätte zweifellos Einkommen und Nachfrage übermäßig gesteigert und damit neue inflatorische Tendenzen begünstigt. Auf der anderen Seite mußte befürchtet werden, daß eine Verteuerung der Produktion infolge umfangreicher Steuer- und Tariferhöhungen auch bei knapper Geldmenge fühlbare Preissteigerungen auslösen würde. Eine Überwälzung der Subventionen auf die Lebensmittelpreise hätten die Gewerkschaften wahrscheinlich mit Lohnforderungen beantwortet. Nach schwierigen Verhandlungen einigte man sich, die Subventionen fortzuführen und nur anders zu verteilen, die Staatsausgaben für investitionsähnliche Zwecke zu kürzen und in begrenztem Umfange Steuern und Tarife zu erhöhen. Dadurch konnte das veranschlagte Defizit auf etwa $\frac{1}{2}$ Mrd. S herabgedrückt werden. Im übrigen versuchte man durch eine vorsichtige Finanzpolitik, die ihre Ausgaben grundsätzlich nach den Einnahmen richtete, eine expansive Wirkung des Budgets zu vermeiden.

Schließlich wurde der Stabilisierungsprozeß durch *kreditpolitische Maßnahmen* forciert. Im Herbst 1951 wurde mit den Banken ein Abkommen über eine quantitative und qualitative Kreditkontrolle geschlossen und im Dezember 1951 die Bankrate von 3,5% auf 5,0% erhöht. Weitere Maßnahmen folgten im Sommer 1952. Die Bestimmungen über die quantitative Kreditkontrolle bei den Banken wurden verschärft, Sparkassen und Kreditgenossenschaften ähnlicher Beschränkungen unterworfen,

der Rediskontrahmen der Nationalbank begrenzt und die Bankrate auf 6% erhöht. Das Volumen der Kommerzkredite stieg wohl im 1. Halbjahr 1952 noch um 1.337 Mill. S oder 12%, ging aber seit Jahresmitte ständig zurück. Es war Ende November um 665 Mill. S niedriger als Ende Juni 1952 und nur noch um 673 Mill. S oder 6% höher als zu Jahresbeginn. Im Jahre 1951 war das kommerzielle Kreditvolumen um 2.766 Mill. S oder 33% ausgeweitet worden.

Auch in der Veranlagung der flüssigen Mittel waren die Kreditinstitute sehr vorsichtig. Während im Jahre 1951 mehr längerfristige Kredite (mit einer Laufzeit von über 1 Jahr) gewährt wurden als den Kreditinstituten längerfristige Mittel (Spareinlagen und Erlöse aus Pfandbriefemissionen) zufflossen, wurden im Jahre 1952 vom Zuwachs um 1 Mrd. S Spargelder nur 300 Mill. S der Investitionsfinanzierung dienstbar gemacht. Der überwiegende Teil der Kredite wurde kurzfristig vergeben.

Das gesamte *Geldvolumen* hat im Jahre 1952 (bis Ende November) infolge der hohen Devisenkäufe der Notenbank um 987 Mill. S oder 5,7% zugenommen, gegen 2.820 Mill. S im Jahre 1951. Trotz Ausweitung des Geldvolumens sind aber die volkswirtschaftlichen Gesamtumsätze gesunken (siehe Schaubild), weil die während der Koreaause spekulativ übersteigerte Umlaufgeschwindigkeit des Geldes seit Anfang 1952 abgenommen hat.

Lagerzyklus auf den Konsumgütermärkten

Der Übergang von der heftigen inflationistischen Entwicklung im Jahre 1951 zu stabilen Preisen und Löhnen war mit teilweise unvermeidlichen Anpassungsschwierigkeiten in den Konsumgüterindustrien verbunden. Die Konsumenten, die während der Hausse nicht nur ihr laufendes Einkommen, sondern auch ihre Ersparnisse verbraucht hatten, versuchten nun, ihre Kassenreserven wieder aufzufüllen, und schränkten vor allem die Ausgaben für Waren ein, die sie im Laufe des Jahres 1951 auf Vorrat gekauft hatten. Im Einzelhandel wurden im I. Quartal 1952 mengenmäßig um 8% weniger Waren abgesetzt als im I. Quartal 1951, obwohl sich das Realeinkommen kaum verändert hatte. Die Umsätze an Schuhen, Textilien und Hausrat waren sogar um 23%, 31% und 21% niedriger.

Gleichzeitig versuchte der Handel seine vielfach überhöhten Lager abzubauen, indem er seine Bestellungen bei der Industrie stärker einschränkte als die Verkäufe an Letztverbraucher zurückgingen. Obwohl die Konsumenten im II. Quartal 1952 ihre Ausgaben

wieder steigerten — die Einzelhandelsumsätze erreichten mengenmäßig wieder den Vorjahresstand —, gingen die Auftragseingänge bei den Konsumgüterindustrien weiter zurück. Da auch der Export unter dem Einfluß des „Lagerzyklus“ auf den internationalen Konsumgütermärkten stagnierte¹⁾, mußten die heimischen Konsumgüterindustrien ihre Produktion in den Sommermonaten stark einschränken und Arbeitskräfte entlassen. Im Durchschnitt der Monate Juni, Juli und August wurden um 30% weniger Textilien, um 31% weniger Schuhe und um 15% weniger Papier erzeugt als im gleichen Zeitraum 1951. Auch die chemische Industrie und die Elektroindustrie, die zu einem erheblichen Teil Konsumgüter herstellen (Seifen, Waschmittel, Radioapparate, Glühbirnen u. a.), hatten ihre Erzeugung um 20% und 12% eingeschränkt. Ende Juni waren 27.800 Papier-, Leder-, Textil- und Bekleidungsarbeiter arbeitslos, das sind etwa 13% aller Beschäftigten in diesen Branchen, gegen nur 11.100 oder 5% Ende Juni 1951. Außerdem war ein Teil der Belegschaft nur in Kurzarbeit beschäftigt.

Der Höhepunkt der Krise wurde in den Sommermonaten überschritten. Zu Herbstbeginn erholte sich zunächst die internationale Verbrauchsgüterkonjunktur. Die im Export erzielbaren Preise waren nach wie vor niedriger als vor einem Jahr.

Im Laufe des Herbstes besserte sich auch der Inlandsabsatz der Konsumgüterindustrien leicht. Nachdem der Handel in den Sommermonaten vielfach mehr absetzen konnte, als er eingekauft hatte, deckte er sich im Herbst wieder mit neuer Ware ein. Die Vorratskäufe hielten sich aber in engen Grenzen, weil er nur über geringe finanzielle Mittel verfügte und das Risiko hoher unverkäuflicher Lager vermeiden wollte.

Dank der leichten Belebung des Inlandsabsatzes und dank steigenden Exporten konnten Produktion und Beschäftigung in den Konsumgüterindustrien seit Herbstbeginn meist stärker als saisongemäß ausgeweitet werden. Die Textil-, Leder- und Bekleidungsindustrie nahm von Ende Juni bis Ende November 5.700 zusätzliche Arbeitskräfte auf gegen nur 3.200 im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Allerdings war die Produktion je Arbeitstag auch Ende Oktober, dem letzten Monat, für den vollständige Produktionsdaten vorliegen, in der Schuhindustrie noch um 7%, in der Papierindustrie um 10%, in der Elektroindustrie um 18% und in der Textilindustrie um 19%

¹⁾ Der Export von Papier und Pappe ging von 82.399 t im 1. Halbjahr 1951 auf 62.598 t im 1. Halbjahr 1952 zurück, der Export von Textilerzeugnissen sank von 6.909 t auf 4.443 t und der von Leder und Lederwaren von 115 t auf 45 t.

niedriger als im Oktober 1951. Das Produktionsniveau vom Herbst 1951 wird vermutlich erst wieder erreicht werden können, wenn durch steigende Einkommen die Voraussetzungen für eine höhere Konsumgüternachfrage geschaffen werden.

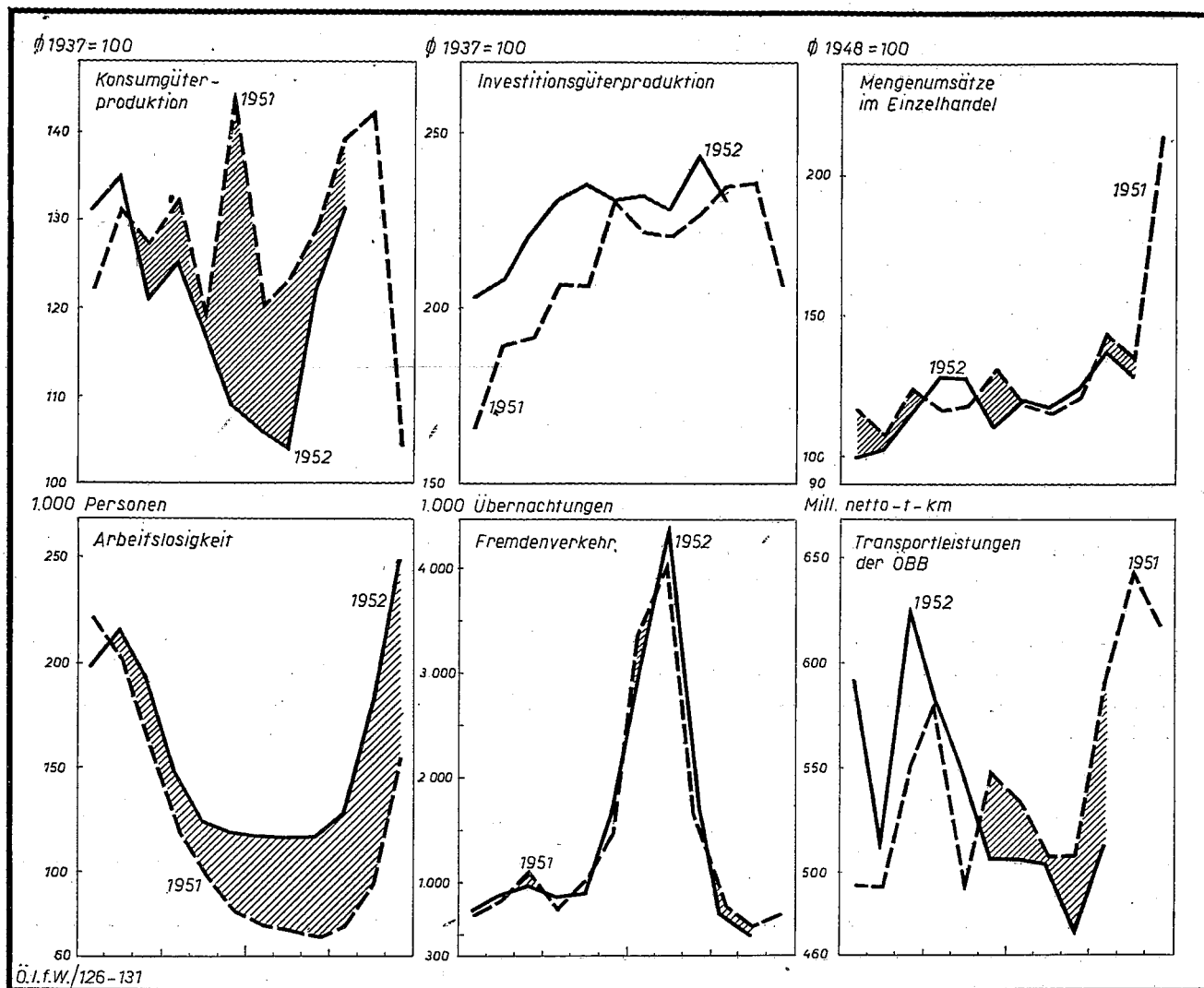
Uneinheitliche Investitionsgüternachfrage

Während die Konsumgüterproduktion im Sommer den tiefsten Stand erreicht hatte und sich seither wieder belebte, entwickelte sich die Investitionsgüterproduktion im 1. Halbjahr 1952 noch bemerkenswert günstig und ging erst gegen Jahresende zurück. In den ersten zehn Monaten 1952 wurden noch um etwa 8% mehr Investitionsgüter erzeugt als im gleichen Zeitraum 1951. Sowohl in den Grundstoffindustrien (Eisen- und Metallhütten) als auch in den verarbeitenden Industrien (Fahrzeugindustrie, Maschinenindustrie) wurde das Produktionsvolumen vom Jahre 1951 zum Teil erheblich überschritten.

Die relativ hohe Produktion von Investitionsgütern war teilweise dem Umstand zu danken, daß die internationale Investitionsgüterkonjunktur zumindest im 1. Halbjahr 1952 unvermindert anhielt. Eisen, Stahl, Maschinen und eine Reihe anderer fertiger Investitionsgüter fanden auf den meisten Exportmärkten noch guten Absatz. Außerdem wurde auch im Inlande relativ viel investiert. Aus einem Vergleich der Produktion von fertigen Investitionsgütern und dem Außenhandel mit diesen Produkten geht hervor, daß in den ersten drei Quartalen 1952 um über 11% mehr Maschinen, Fahrzeuge und Elektrogeräte im Inland abgesetzt wurden als im gleichen Zeitraum 1951. Besonders der Inlandsabsatz von Fahrzeugen, Landmaschinen und Spezialmaschinen für die Investitionsgüterindustrien hielt sich auf beachtlicher Höhe.

Die rege Investitionstätigkeit läßt sich vorwiegend damit erklären, daß die Unternehmer nicht sofort auf Änderungen der Ertragslage, deren Dauer und Stärke sie noch nicht übersehen konnten, mit einer Einschränkung der Investitionen reagierten. Außerdem mußten sie vielfach Investitionsgüter übernehmen, die schon im Jahre 1951 bestellt und zumindest teilweise auch bezahlt worden waren. Sobald die alten Auftragsbestände der Investitionsgüterindustrien aufgearbeitet und die bereits früher begonnenen Investitionsprojekte abgeschlossen waren, bahnten sich auch im Bereich der Investitionsgütererzeugung Rückschläge an, zumal da seit Mitte 1952 in einigen Sparten (z. B. in der Fahrzeugindustrie), auch das Auslandsgeschäft nachließ. Die quartalsweise Entwicklung der heimischen Investitionstätigkeit

Abschwächung der Binnenkonjunktur (Normaler Maßstab)



Das gesamte Sozialprodukt der österreichischen Wirtschaft, das in den Jahren 1950 und 1951 noch um 10% und 7% gestiegen war, erreichte im Jahre 1952 nur knapp den Vorjahresstand. Die Industrie erzeugte wohl um 8% mehr Investitionsgüter, aber um 7% weniger Konsumgüter. Die Mengenumsätze im Einzelhandel waren um 2% und die Transportleistungen der Bundesbahnen um 3% niedriger als im Jahre 1951. Im Fremdenverkehr stieg die Zahl der Übernachtungen dank einem stärkeren Zustrom von Gästen aus Westdeutschland um 3%. Die Stagnation der Produktion wirkte sich bei steigender Produktivität ungünstig auf den Arbeitsmarkt aus. Die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden war im Jahresdurchschnitt um über 40.000 und Ende 1952 um fast 100.000 höher als zur gleichen Zeit 1951.

zeigte eine deutlich sinkende Tendenz. Während im I. Quartal 1952 noch um 20% mehr „maschinelle“ Investitionsgüter investiert wurden als im gleichen Quartal 1951, betrug die Steigerung im II. und III. Quartal nur noch 19% und 2%. Im IV. Quartal dürfte nach den bisher vorliegenden Einzeldaten bereits weniger investiert worden sein als im gleichen Zeitraum 1951.

Während die maschinellen Investitionen im Jahresdurchschnitt noch höher waren als im Jahre 1951, lag das Bauvolumen eindeutig unter dem Vorjahresstand. Diese Behauptung kann zwar nicht durch

eine Baustatistik, die in Österreich nach wie vor fehlt, sondern nur durch eine Reihe von Fakten gestützt werden. So war die Baustoffproduktion in den ersten zehn Monaten 1952 um fast 6% niedriger als im gleichen Zeitraum 1951, ebenso waren im Jahresdurchschnitt um 15.000 mehr Bauarbeiter und Bauhelfer arbeitslos als im Jahre 1951. Daraus kann geschlossen werden, daß im Jahre 1952 insgesamt um etwa 5 bis 7% weniger gebaut worden sein dürfte als im Jahre 1951. Besonders im Frühjahr und seit Herbstbeginn war die Bautätigkeit bedeutend niedriger als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Faßt man die baulichen und die maschinellen Investitionen zusammen, so dürfte die österreichische Wirtschaft im Jahre 1952 real etwa ebensoviel investiert haben wie im Jahre 1951. Innerhalb dieses im großen und ganzen unveränderten Investitionsvolumens ist allerdings der Anteil der baulichen Investitionen gesunken und der der maschinellen Investitionen gestiegen. Diese Verschiebung geht vermutlich zum Teil darauf zurück, daß sich das Schwergewicht der privaten Investitionen mit fortschreitendem Wiederaufbau von Bauten zu Maschinen verlagert. Solange zerstörte Betriebe wiederaufgebaut und neue Kapazitäten geschaffen wurden, entfiel ein relativ großer Teil der Investitionstätigkeit auf Bauten. Mit dem Abschluß der Wiederaufbauarbeiten traten immer mehr Rationalisierungsinvestitionen in den Vordergrund, die in der Regel nur wenig bauliche Veränderungen erfordern. Der Ausfall an Industriebauten konnte mangels finanzieller Mittel durch den Wohnbau nicht wettgemacht werden. Privates Kapital stand dem Wohnbau infolge unrentabler Mietzinse nur in geringem Umfange zur Verfügung, und die für diese Zwecke bereitgestellten öffentlichen Mittel waren zu gering, um den Ausfall von Industriebauten durch eine entsprechend stärkere Wohnbautätigkeit wettzumachen.

Vermutlich hat auch der Rückgang der öffentlichen, vorwiegend aus Bauten bestehenden Investitionen eine Rolle gespielt. In den Voranschlägen 1952 des Bundes, der Länder und der Gemeinden waren zwar real etwa gleich hohe Mittel für Investitionen vorgesehen wie im Jahre 1951. Auf Grund der angespannten Budgetlage, insbesondere des Bundes, dürften jedoch nicht alle programmierten Investitionen tatsächlich finanziert worden sein. Außerdem mußte ein Teil der Mittel zur Bezahlung alter Schulden verwendet werden und konnte daher die laufende Bautätigkeit nicht beleben.

Sprunghafte Verbesserung der Handels- und Zahlungsbilanz im zweiten Halbjahr

Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen ist die *Ausfuhr* im Jahre 1952 gegenüber dem Vorjahre um rund 50 Mill. Dollar gestiegen und die *Gesamteinfuhr* (kommerzielle und ERP-Einfuhr) um rund 10 Mill. Dollar zurückgegangen. Das *Volumen* der Gesamteinfuhr ging von 106 (1937 = 100) im Jahre 1951 auf 100 zurück, während das *Volumen* der Ausfuhr den Stand vom Vorjahr (110% von 1937) behauptete.

Der Einfuhrüberschuß betrug 140 Mill. Dollar und war um 60 Mill. Dollar niedriger als im Jahre

1951. Für die Handelsbilanz wirkte sich günstig aus, daß die Ausfuhrpreise im Jahresdurchschnitt um 15%, die Einfuhrpreise aber nur um 5% höher waren als im Jahre 1951; die Austauschverhältnisse im Außenhandel haben sich demnach um 10% gebessert. (Wären die Einfuhrpreise ebenso stark gestiegen wie die Ausfuhrpreise, dann hätte der Einfuhrüberschuß bei gleichem Außenhandelsvolumen 190 Mill. Dollar betragen.)

Relativ günstige Ergebnisse brachte der *Dienstleistungsverkehr* mit dem Auslande. Der Aktivsaldo der unsichtbaren Transaktionen der laufenden Zahlungsbilanz betrug in den ersten drei Quartalen 1952 31 Mill. Dollar; bis Jahresende dürfte er 35 Mill. Dollar erreicht haben, gegen nur 25 Mill. Dollar im Jahre 1951. Dabei haben im Jahre 1952 nicht viel mehr Ausländer Österreich besucht als im Vorjahre; die Zahl der Nächtigungen von Ausländern war nur um 9% höher. Die sprunghafte Erhöhung der Deviseneinnahmen geht hauptsächlich auf die höheren österreichischen Preise im Fremdenverkehr und darauf zurück, daß im Jahre 1952 ein wesentlich größerer Teil der Deviseneinnahmen der Nationalbank abgeliefert wurde als in den vorangegangenen Jahren. Der geringe Unterschied zwischen Prämienkurs und „schwarzem“ Devisenkurs lohnt nicht mehr einen illegalen Umtausch.

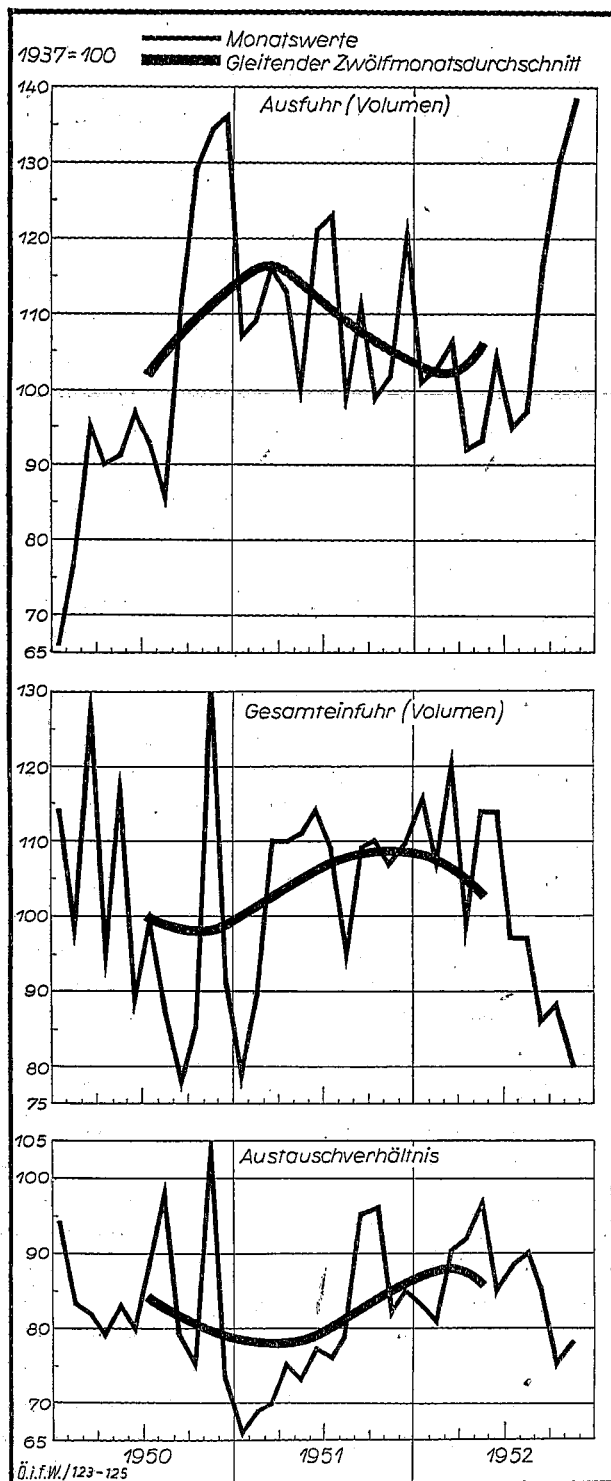
Faßt man Waren- und Dienstleistungsverkehr zusammen, dann beträgt im Jahre 1952 das Defizit in der laufenden Zahlungsbilanz nur noch 100 Mill. Dollar. Es entspricht ungefähr der Höhe der ERP-Hilfe. Im Jahre 1951 hatte das Defizit noch 176 Mill. Dollar betragen.

Diese Jahreszahlen sind das Ergebnis stark gegenläufiger Tendenzen im 1. und 2. Halbjahr 1952. Die Entwicklung im 1. Halbjahr war noch völlig von den Kräften beherrscht, die seit Mitte 1951 eine starke Passivierung der Handels- und Devisenbilanz bewirkt hatten. Das Ausfuhrvolumen, das bereits seit Anfang 1951 eine sinkende Tendenz gezeigt hatte, war im 1. Halbjahr 1952 teils infolge der Schwäche auf den internationalen Konsumgütermärkten, teils wegen der hohen Preise im österreichischen Export weiter zurückgegangen. Im April und Mai wurden nur 92% und 93% der Vorkriegsmengen exportiert, gegen 113% und 100% in den gleichen Monaten 1951.

Gleichzeitig war das *Volumen* der Einfuhr gleich hoch geblieben wie im Herbst 1951. Es wurde sowohl an industriellen Rohstoffen als auch an Nahrungs- und Futtermitteln mehr eingeführt als laufend verbraucht wurde. Zum Teil trafen in Österreich Waren ein, die schon zur Zeit der Korea-Hausse ge-

Konjunkturbedingte Schwankungen im Außenhandel

(Normaler Maßstab; ϕ 1937 = 100)



Die teilweise gegenläufige Konjunkturentwicklung im Inland und auf den Weltmärkten führte seit Ausbruch des Koreakonfliktes zu starken kurzfristigen Schwankungen im österreichischen Außenhandel. Im 2. Halbjahr 1950 steigerte zunächst die internationale Rüstungskonjunktur die Ausfuhr, während die Einfuhr teils infolge der noch nachwirkenden Abschwächung der Binnenkonjunktur im 1. Halbjahr 1950 und teils infolge einer vorsichtigen Devisenpolitik zurückging. Die

Stabilisierung auf den Weltmärkten leitete Anfang 1951 eine Tendenzumkehr ein. Der Export stieß auf erhöhte Schwierigkeiten und ging ständig zurück. Andererseits steigerte die inflatorisch aufgeblähte inländische Nachfrage den Einfuhrbedarf, der teilweise durch Einfuhren befriedigt wurde, die noch während der Preishausse auf den Weltmärkten bestellt und bezahlt worden waren. Diese Entwicklung hielt bis Mitte 1952 an. Seither förderten die Geldknappheit im Inland und die Erholung der internationalen Verbrauchsgüterkonjunktur wieder den Export, während die rückläufige Binnenkonjunktur und die Kreditrestriktionen die Einfuhr drosselten. Im 1. Halbjahr 1953 wird es vermutlich neuerlich zu einer Tendenzumkehr kommen, sofern nicht die heimische Binnenkonjunktur weiter zurückgeht.

Die Auswirkungen dieser gegenläufigen Entwicklung von Ausfuhr- und Einfuhrvolumen auf die Handelsbilanz wurden dadurch abgeschwächt, daß sich die Austauschverhältnisse im österreichischen Außenhandel verbesserten, wenn der Export zurückging, und verschlechterten, wenn der Export florierete.

kaufte und gezahlt worden waren. Auch das Sinken der Weltmarktpreise begünstigte Eindeckungskäufe.

Die gegenläufige Entwicklung von Einfuhr- und Ausfuhrvolumen bewirkte im 1. Halbjahr 1952 ein hohes Defizit in der Handels- und Devisenbilanz, obwohl sich die Austauschverhältnisse für Österreich günstig entwickelt hatten. Die Defizite in der laufenden Zahlungsbilanz waren im I. und II. Quartal 1952 mit 63 Mill. Dollar und 49 Mill. Dollar die höchsten seit Frühjahr 1950. Sie wurden durch die Auslandshilfe, den Rückfluß der in Vorauszahlungen gebundenen Devisen und durch Devisenreserven der Nationalbank finanziert.

Seit Mitte 1952 hat sich die Zahlungsbilanzsituation jedoch sprunghaft verbessert. Die rückläufige Binnenkonjunktur und der durch Kreditrestriktion verstärkte Abbau der Lager schränkte die Nachfrage nach Importgütern stark ein. Davon wurden sowohl Rohstoffe und Kohle als auch Nahrungsmittel betroffen. Das Volumen der Gesamteinfuhr sank von 109 im II. Quartal 1952 auf 93 im III. Quartal und 80 im November 1952.

Der Rückgang der Einfuhr und die hohen Einnahmen aus dem Fremdenverkehr machten bereits im III. Quartal 1952 die Devisenbilanz aktiv, obwohl der Export zunächst noch stagnierte. Die laufende Zahlungsbilanz im kommerziellen Verkehr (ohne ERP-Lieferungen) wies einen Überschuß von 10,6 Mill. Dollar auf; im Zahlungsverkehr mit der EZU ergab sich ein Aktivsaldo von 14,2 Mill. Dollar. Seit September hat sich auch die Ausfuhr kräftig erholt. Das Exportvolumen stieg von 96 im Durchschnitt der Monate Juli und August auf 116 im September und 138 im November, dem bisher höchsten Stand seit Kriegsende. Die sprunghafte Exportsteigerung um 40% innerhalb von drei Monaten war vor-

wiegend eine Folge der Konjunkturbelebung auf den internationalen Verbrauchsgütermärkten, die vorübergehend zu starken Vorratskäufen führte. An der Exportbelebung hatten vor allem die Papierindustrie, die Textilindustrie und die Holzwirtschaft entscheidenden Anteil. Auch der schwierige Absatz im Inlande dürfte viele Betriebe veranlaßt haben, sich stärker als bisher um den Export zu bemühen.

Ausblick

Der Übergang von einer inflationistischen Entwicklung zu stabilen Währungsverhältnissen zwingt die Wirtschaft, sich neuen Angebots- und Nachfragebedingungen anzupassen. Ein solcher Vorgang gelingt nicht reibungslos, da Preise und Kosten relativ starr sind und die Produktions- und Beschäftigtenstruktur nur langsam umgeschichtet werden kann. Mit einem vorübergehenden leichten Rückschlag mußte daher jedenfalls gerechnet werden. Man darf auch nicht übersehen, daß eine „Stabilisierungskrise“ nach einer stürmischen Hausse nicht nur unvermeidlich ist, sondern auch wichtige gesamtwirtschaftliche Funktionen erfüllt. Sie reduziert übermäßige Konjunkturgewinne, bewirkt den Abbau überhöhter Lager, zwingt zu einer rationellen und sparsamen Betriebsführung und schaltet minder leistungsfähige Betriebe aus, die nur im Strom der inflationistischen Entwicklung lebensfähig waren. Die Frage ist immer nur, ob es einer Wirtschaft gelingt, die Anpassungs- und Übergangsperiode möglichst abzukürzen und aus eigener Kraft wieder eine expansive Entwicklung der Produktion und eine hohe Beschäftigung zu erreichen.

In Österreich haben an der Jahreswende 1952/53 offenbar noch restriktive Kräfte überwogen. Das gibt zu denken, weil in anderen Ländern, vor allem in Westdeutschland und den USA, sich im 2. Halbjahr 1952 die Konjunktur gebessert hat. Dabei bilden gegenwärtig in Österreich die Überschüsse im Außenhandel eine wichtige Konjunkturstütze. Sobald auch nur ein kleines Defizit entstehen sollte, was im Frühjahr eintreten dürfte, wird die allgemeine Konjunkturlage wieder stärker von der heimischen Investitionstätigkeit beeinflußt werden, die seit Mitte 1952 eine sinkende Tendenz zeigt. Eine Belebung der Wirtschaft ist auch kaum durch eine Auffüllung der Lager zu erwarten, so lange die Kreditkosten hoch bleiben und die Banken trotz einem beachtlichen Zuwachs an Spareinlagen an einer vorsichtigen Kreditpolitik festhalten. Unter diesen Umständen muß mindestens mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß die gegenwärtig hohe Arbeitslosigkeit auch im Frühjahr nicht den Saison Erwartungen entsprechend zurückgehen wird.

Aus dieser Situation können nun verschiedene wirtschaftspolitische Konsequenzen gezogen werden. Stark vereinfacht lassen sich drei Konzeptionen entwickeln.

Die Vertreter eines „konservativen“ Kurses treten mit der Rechtfertigung, daß wichtige Strukturprobleme der österreichischen Wirtschaft noch ungelöst seien, im wesentlichen für die Beibehaltung des bisherigen antiinflationistischen Kurses ein. Ein stärkerer Druck von der Geldseite wäre notwendig, um eine Neuadjustierung der Wirtschaftsstruktur im Hinblick auf eine optimale Kombination der Produktionsfaktoren zu beschleunigen, den Ausgleich der Zahlungsbilanz zu fördern und die Einordnung der österreichischen Wirtschaft in einen europäischen Wirtschaftsraum zu erleichtern. Eine vorzeitige Belebung der kaufkräftigen Nachfrage durch währungs- und wirtschaftspolitische Maßnahmen würde diese strukturellen Anpassungen erschweren. Sie seien daher auch dann abzulehnen, wenn durch sie die Währungsstabilität nicht unmittelbar gefährdet würde. Die Wirtschaftspolitik hätte sich darauf zu konzentrieren, durch geeignete Reformen, wie durch die Schaffung eines leistungsfähigen Kapitalmarktes und durch eine entsprechende Gestaltung des Steuersystems, eine gesündere Wirtschaft zu schaffen, die nicht dauernd durch „künstliche“ Injektionen gestützt werden müsse. Auf diesem Wege würde die Wirtschaft allmählich in die Lage versetzt werden, aus eigener Kraft einen hohen Beschäftigtenstand zu sichern.

Diesem konservativen Standpunkt entgegengesetzt sind die Forderungen, die auf eine konsequente „Vollbeschäftigungspolitik“ abzielen. Wer Vollbeschäftigung als vordringlichstes wirtschaftspolitisches Ziel ansieht, das mit allen verfügbaren wirtschaftspolitischen Mitteln dauernd realisiert werden müsse, wird in der gegenwärtigen Situation für eine stärkere Ausweitung der kaufkräftigen Gesamtnachfrage eintreten. Sobald die Nachfrage auf Engpässe stößt und die Preise zu steigen beginnen, könne man die wirtschaftliche Aktivität durch amtliche Höchstpreise und Bewirtschaftung von den Engpässen in Bereiche lenken, wo noch freie Kapazitäten und unbeschäftigte Arbeitskräfte verfügbar sind. Auf diese Weise sei es auch in einer strukturell unausgeglichene Wirtschaft, wie der österreichischen, möglich, die Rate der Arbeitslosigkeit auf etwa 2 bis 3% herabzudrücken.

Beide Extreme dürften in der konkreten österreichischen Situation nur schwer durchgesetzt werden können. Die Schwäche der konservativen Lösung liegt darin, daß die empfohlenen Maßnahmen erst

auf längere Sicht wirksam werden und daher zur Erleichterung der gegenwärtigen Situation nur wenig beitragen könnten. Aber selbst auf längere Sicht lassen sich Schwankungen von Nachfrage, Produktion und Beschäftigung vermutlich nur innerhalb enger Grenzen durch strukturelle Reformen mildern.

Andererseits bringt eine orthodoxe Vollbeschäftigungspolitik unweigerlich die Währung in Gefahr, wenn die Regierung nicht über einen gut funktionierenden Lenkungsapparat verfügt und die Mehrheit der Bevölkerung davon überzeugen kann, daß die von ihr getroffenen Maßnahmen notwendig und zweckmäßig sind. Aber selbst wenn es gelingt, freiwillige oder erzwungene Disziplin durchzusetzen, lassen sich ungünstige Rückwirkungen auf die Zahlungsbilanz kaum vermeiden. In einem Lande, das so stark vom Außenhandel abhängt und das auf Märkte mit starker internationaler Konkurrenz exportieren muß, läuft diese Art von Vollbeschäftigungspolitik Gefahr, aus Mangel an ausländischen Rohstoffen und Energien zu scheitern, sofern der lebenswichtige Importbedarf nicht durch ausländische Geschenke und Kredite gesichert werden kann.

Zwischen diesen beiden Extremen ist schließlich als Mittelweg eine bewußt konjunkturorientierte Wirtschaftspolitik denkbar, die grundsätzlich die Lenkung der Produktion sowie die Preis- und Einkommensbildung dem Marktmechanismus überläßt, jedoch durch finanz- und währungspolitische Maßnahmen, wie z. B. durch Budgetüberschüsse und Budgetdefizite, Zinsfußmanipulationen und Veränderung der Pflichtreserven der Kreditinstitute versucht, Schwankungen von Produktion und Beschäftigung nach Möglichkeit auszuschalten oder doch auf ein Minimum zu reduzieren. Die Vertreter einer solchen elastischen Konjunkturpolitik glauben, daß die Arbeitslosigkeit gegenwärtig bereits so hoch ist, daß eine vorsichtige Lockerung des antiinflationistischen Kurses nicht nur ohne Gefährdung der Währungsstabilität möglich, sondern auch wirtschaftlich zweckmäßig sei. Eine Stärkung der kaufkräftigen Gesamtnachfrage sollte allerdings durch eine bewußte Förderung des Exportes — wenn notwendig durch eine Rektifizierung des Wechselkurses — sowie durch Maßnahmen ergänzt werden, welche die Beweglichkeit der Pro-

duktionsfaktoren, insbesondere die der Arbeitskräfte, erhöhen. Andernfalls müßte die wirtschaftliche Expansion infolge Engpässen und Zahlungsbilanzschwierigkeiten gestoppt werden, obwohl noch auf fast allen Gebieten Arbeitskräfte verfügbar wären. Die Wirtschaftspolitik müßte aber auch darauf Bedacht nehmen, daß die Preis-Lohn-Situation um so labiler wird, je besser es gelingt, beschäftigungslose Arbeitskräfte wieder in den Wirtschaftsprozess einzugliedern. Eine Wirtschaft mit beschränkter Konkurrenz könne sich nur dann ohne Gefahr für die Währung an den Zustand der Vollbeschäftigung herantasten, wenn die marktbeherrschenden Organisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Bewußtsein ihrer gesamtwirtschaftlichen Verantwortung freiwillig auf die Ausnutzung ihrer Machtpositionen verzichten.

Die hier skizzierte Konjunkturpolitik setzt allerdings eine sorgsam fundierte und aktuell informierende Wirtschaftsbeobachtung voraus. Denn nur dann, wenn die Wirtschaftspolitik rasch und verlässlich über die laufende Konjunkturentwicklung unterrichtet ist, kann sie schlagfertig und zielsicher auf die oft überraschenden Änderungen der Konjunkturlage reagieren. Dabei kann es vorkommen, daß sie kurzfristig das Steuer herumreißen und Maßnahmen treffen muß, die sie vielleicht gestern noch ängstlich vermied, und umgekehrt. Eine in so hohem Maße reaktionsfähige, über taktische Tagesfragen aber doch nie die große strategische Linie aus dem Auge verlierende Wirtschaftspolitik bedarf freilich mehr als jede andere Wirtschaftspolitik eines starken Rückhaltes in der öffentlichen Meinung. Die österreichische Bevölkerung mag heute mit dem Instrumentarium der modernen Konjunkturpolitik noch wenig vertraut sein und vielleicht dazu neigen, unvermittelte Kursänderungen der Wirtschaftspolitik als Zeichen der Unsicherheit und Schwäche auszulegen. Die moderne Konjunktur- und Wirtschaftspolitik muß daher ihre Maßnahmen ständig in geeigneter Form der Bevölkerung erklären. Diese unermüdliche Aufklärungs- und Erziehungsarbeit ist ein wesentlicher Bestandteil von ihr, da Erfolg oder Mißerfolg der wirtschaftspolitischen Maßnahmen am Ende vom psychologischen Verhalten der Bevölkerung, von den Reaktionen der Produzenten und Konsumenten abhängen.

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu statistische Übersichten 1.1 bis 1.9

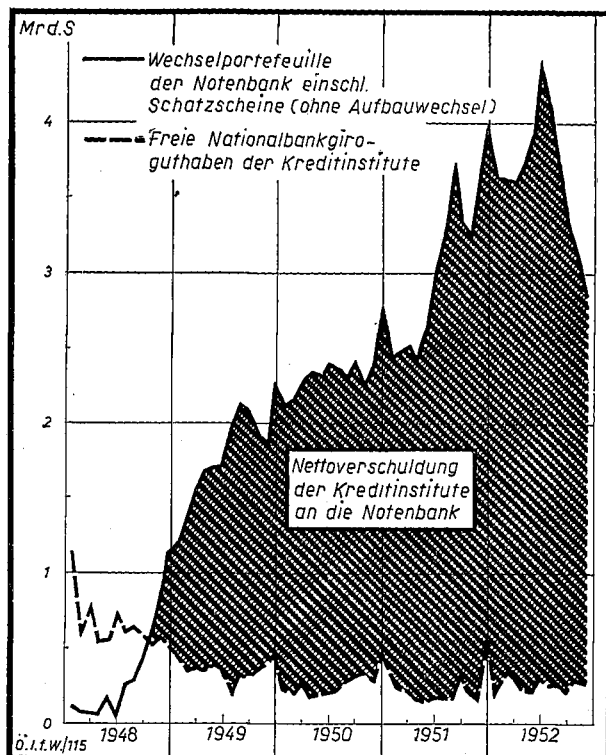
Nachdem sich expansive und restriktive Faktoren seit Herbstbeginn die Waage gehalten hatten, stieg das zirkulierende *Geldvolumen* im November um 377 Mill. S und erreichte mit 18.284 Mill. S (vorläufige Zahl) den bisher höchsten Stand seit Kriegsende. Der Notenumlauf erhohnte sich um 95 Mill. S und die freien Giroguthaben üblicher Stellen bei der Nationalbank stiegen um 71 Mill. S. Am stärksten — um 195 Mill. S — haben die Scheckeinlagen bei den Kreditinstituten zugenommen, obwohl saisongemäß (Auszahlung von Weihnachtsremunerationen) und wegen der Steuerzahlungstermine ein Rückgang zu erwarten war.

Entscheidenden Einfluß auf den Geldumlauf hatte, wie in den Vormonaten, die *Devisenbilanz*. Durch Devisenankufe der Notenbank flossen der Wirtschaft im November 411 Mill. S Notenbankgeld zu. Die Zunahme des ausgewiesenen Devisenbestandes der Notenbank ging etwa zur Hälfte auf den Ausfuhrubersch im kommerziellen Verkehr zurück, der mit 187 Mill. S eine Rekordhöhe erreichte. Außerdem haben Deviseneinnahmen aus dem Dienstleistungsverkehr, Verschiebungen in den Zahlungsbedingungen sowie die Unterschiede zwischen den Einkaufs- und Verkaufskursen der Notenbank eine Rolle gespielt.

Die expansive Wirkung der aktiven Devisenbilanz wurde nur teilweise durch eine restriktive Kreditpolitik kompensiert. Die rein *kommerziellen Kredite* an die Wirtschaft (ohne Vorschüsse auf Aufbaukredite und Kredite an Kreditinstitute) gingen im November um 47 Mill. S zurück; rechnet man Vorschüsse auf Aufbaukredite und Kredite an Kreditinstitute hinzu, so betrug der Rückgang nur 20 Mill. Schilling. Die Hauptlast der Kreditrestriktion trugen wie bisher die dem Bankenabkommen unterliegenden Institute. Sie schränkten ihre kommerziellen Kredite um 60 Mill. S ein und erhohnten dadurch ihre nach dem Kreditabkommen zulässige Marge für Kreditausweitungen auf 856 Mill. S. Die Kreditgenossenschaften, Sparkassen und Hypothekenanstalten haben dagegen ihr kommerzielles Kreditvolumen vorwiegend saisongemäß leicht ausgeweitet.

Da den Kreditinstituten dank der aktiven Devisenbilanz 195 Mill. S Scheckeinlagen zufließen und 37 Mill. S auf Sparkonten eingelegt wurden, standen ihnen bedeutende flüssige Mittel zur Verfügung, die sie teilweise zur Rücklösung von Wechseln verwendeten. Die Bestände der Notenbank an Handelswechseln nahmen um 50 Mill. S, die an Schatzscheinen um 222 Mill. S ab. Die *Nettoverschuldung*

Nettoverschuldung der Kreditinstitute an die Notenbank (Normaler Maßstab; Mrd. S)



Das Wahrungsschutzgesetz hatte den Kreditinstituten beträchtliche Nationalbank-Giroguthaben belassen. Da außerdem ihr Wechselobligo sehr gering war, verfügten sie Anfang 1948 über größere Nettoguthaben bei der Notenbank. In den folgenden Jahren haben jedoch die Kreditinstitute ihr Kreditvolumen so stark ausgeweitet, daß sie nicht nur ihre Giroguthaben angreifen, sondern auch in wachsendem Umfange die Finanzierungshilfe der Notenbank beanspruchen mußten. Von Anfang 1948 bis Mitte 1952 nahm die Notenbank über 4 Mrd. S Handelswechsel und Schatzscheine ins Portefeuille. Erst die restriktive Kreditpolitik seit Mitte 1952 sicherte den Kreditinstituten wieder größere finanzielle Mittel, die sie vorwiegend zur Rücklösung von Schatzscheinen und Wechseln von der Notenbank verwendeten.

der Kreditinstitute an die Notenbank (Wechselbestand der Notenbank ohne Aufbauwechsel, einschließlich der Bundesschatzscheine, abzüglich Nationalbank-Giroguthaben der Kreditinstitute), die sich seit dem Wahrungsschutzgesetz dauernd vergrößert und Ende Juni 1952 mit 4.0 Mrd. S den höchsten Stand erreicht hatte, betrug Ende November 1952 nur noch 2.6 Mrd. S (siehe Schaubild).

Außerdem sind die Kreditinstitute flüssiger geworden. Die erste *Liquidität* der dem Bankenabkommen unterliegenden Institute ist im November von 13.8% auf 15.9% und die zweite Liquidität von 43.2% auf 45.6% gestiegen; sie überschritt damit die für diesen Zeitpunkt vorgeschriebenen Mindestreservesätze von 14% und 38%.

Die Gebarung mit *Counterparts* hat den Geldumlauf im November nur wenig beeinflusst. Das

Konto „gesperrte Verbindlichkeiten“ öffentlicher Stellen bei der Notenbank ist um 33 Mill. S gestiegen. Andererseits wurden aber von den Kreditinstituten um 45 Mill. S mehr Aufbauwechsel übernommen, als für Industriekredite im gleichen Zeitraum vom Konto abgebucht wurde. Im Ergebnis blieb daher ein expansiver Effekt von 12 Mill. S. Im Dezember hat die Counterpartgebarung erstmalig seit Jahresmitte wieder stärker restriktiv gewirkt. Ab Jänner 1953 ist jedoch wieder mit Auszahlungsüberschüssen zu rechnen, wenn die zu Weihnachten freigegebenen 500 Mill. S ERP-Mittel in die Wirtschaft strömen werden.

Die Buchungstechnik für ERP-Kredite an die Industrie wurde im November geändert. Das bisherige Verfahren, Freigaben für die Industrie von der Bundesschuld abzuschreiben und Aufbauwechsel in gleicher Höhe ins Portefeuille der Notenbank zu nehmen, widerspricht den neuen Bestimmungen der MEC, wonach Counterpartfreigaben nach dem 20. Juni 1952 nicht mehr zur Tilgung der Staatschuld verwendet werden dürfen. Diese neue Bestimmung wird dadurch erfüllt, daß Aufbaukredite unmittelbar als Regierungskredite vergeben und Aufbauwechsel von der Notenbank nur treuhändig übernommen werden. Dadurch entfällt die Abbuchung von der Bundesschuld und ihr Korrelat, die Erhöhung des Portefeuilles der Notenbank an Aufbauwechseln. Dieses neue Verfahren mußte rückwirkend für alle Aufbaukredite angewendet werden, für die Counterparts nach dem 20. Juni 1952 freigegeben wurden. Dadurch stieg die Post „Forderung an den Bundesschatz“ im Notenbankausweis von Ende Oktober bis Ende November um 702 Mill. S, während das Portefeuille an Aufbauwechseln um 644 Mill. S abnahm. Der Unterschied geht darauf zurück, daß im November Aufbauwechsel eingereicht wurden, für die schon vor dem 20. Juni Counterparts freigegeben und die daher noch nach dem alten Verfahren behandelt wurden.

Veränderungen der Aktiva im Notenbankausweis im November 1952

	Ende Oktober 1952	Ende November 1952	Veränderung
	Mill. S		
Gold.....	98'2	98'3	+ 0'1
Devisen und Valuten.....	1.570'0	1.980'7	+410'7
Teilmünzen.....	18'5	13'0	- 5'5
Wechsel.....	1.103'7	1.033'1	- 70'6
Wechsel für Vorschüsse auf			
Aufbaukredite.....	60'6	81'1	+ 20'5
Bundesschatzscheine			
§ 27 WSchG.....	690'7	657'6	- 33'1
§ 2 NUG.....	1.257'7	1.068'7	-189'0
Wechsel für Aufbaukredite.....	5.268'5	4.624'4	-644'1
Forderung gegen den Bundes-			
schatz.....	1.083'3	1.785'2	+701'9

Die *Effektenkurse* an der Wiener Börse entwickelten sich von Mitte November bis Mitte Dezember uneinheitlich. Der Kursindex für Aktien ging von 382'8 auf 367'1 (März 1938 = 100) oder um 4'1% zurück. Dagegen stieg der Index festverzinslicher Werte von 77'8 auf 78'3 (März 1945 = 100). Auch die Aufbauanleihe notierte etwas besser.

Preise und Löhne

Dazu statistische Übersichten 2.1 bis 2.8

Der weitere Rückgang der reagiblen Preise im Dezember deutet darauf hin, daß der Preisdruck von der Nachfrageseite her trotz des Weihnachtsgeschäftes nicht nachgelassen hat. Das allgemeine Preisniveau ist zwar stabil geblieben und die Lebenshaltungskosten sind saisonbedingt sogar etwas gestiegen, aber die Versteigerungspreise im Wiener Dorotheum, der freie Gold- und der Devisenpreis sind im Dezember gesunken.

Der *Großhandelspreisindex* des Statistischen Zentralamtes ging von Mitte November bis Mitte Dezember um 0'6% zurück und war damit um 6'4% niedriger als im Dezember 1951. Der Teilindex für Nahrungs- und Genußmittel sank infolge Ermäßigung der Preise für Hafer, Rind-, Kalb- und Pferdefleisch um 1'5% auf 738% von 1938. Gegenüber Dezember 1951 und dem bisherigen Höchststand im Mai 1952 beträgt der Rückgang 2'8% und 8'7%. Der Teilindex der Industriestoffe ist von November auf Dezember um 0'6% gestiegen, weil die Verteuerung von Kautschuk, Holz, Wolle und Jute die Verbilligung von Baumwolle, Flachs, Sohlenleder und Steinkohle überkompensierte.

Das Niveau der Verbraucherpreise ist auch im Dezember stabil geblieben. Der *Kleinhandelspreisindex* des Statistischen Zentralamtes ergab im Dezember 671 (1938 = 100) gegen 672 im November.

Der *Lebenshaltungskostenindex* (nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema für eine Arbeiterfamilie mit zwei Kindern in Wien) ist von Mitte November bis Mitte Dezember um 1'1% von 692'3 auf 699'9 (April 1938 = 100) gestiegen. Diese Steigerung beruht ausschließlich auf der übersaisonnmäßigen Verteuerung von Gemüse und Obst¹⁾ infolge des plötzlichen Kälteeinbruches.

Obwohl man vor Weihnachten eher eine Preissteigerung erwartet hätte, haben sich Fleisch, Filz,

¹⁾ Von Mitte November bis Mitte Dezember ist der Aufwand für Gemüse und Obst heuer um 45% gestiegen, im Jahre 1949 um 36% und 1950 um 28%. Im Jahre 1951 ist er sogar um 30% gesunken. Außerdem war die Preissteigerung bei den im Index enthaltenen Gemüse- und Obstarten (Blätterspinat und Äpfel) stärker als bei den meisten anderen.

Reis, Eier und Hülsenfrüchte in der Berichtszeit verbilligt (um 2 bis 8%). Die Verteuerung der Papierwaren um durchschnittlich 13% (infolge der Erhöhung der Papierpreise ab 17. November) und das leichte Steigen der Brennholzpreise wurden durch die erwähnten Preisrückgänge überkompensiert¹⁾.

Im Dezember war der Lebenshaltungskostenindex zum erstenmal im Laufe des Jahres 1952 um 1% niedriger als vor einem Jahr. Am stärksten sind die Ausgaben für Reinigung und Körperpflege gesunken (-12%), da sich Kernseife um 25% verbilligte. Der Aufwand für Bekleidung sank vor allem zufolge Verbilligung von Wäsche und Schuhen um 5%, der für Haushaltgegenstände um 2%, für Beheizung und Beleuchtung um 1% und für Nahrungsmittel um 0.2%, obwohl der Nahrungsmittelaufwand im Dezember 1951 wegen der damals fiktiven Höchstpreise für Kalb- und Rindfleisch unterbewertet wurde. Stärker gestiegen sind nur die Ausgaben für Genußmittel (um 7%), da sich Bohnenkaffee, Malzkaffee und Bier verteuerten. Der Aufwand für Bildung und Unterhaltung wurde durch das Steigen der Preise für Papierwaren um knapp 1% erhöht. Die Preise für Verkehrsleistungen und die Mietzinse sind unverändert geblieben.

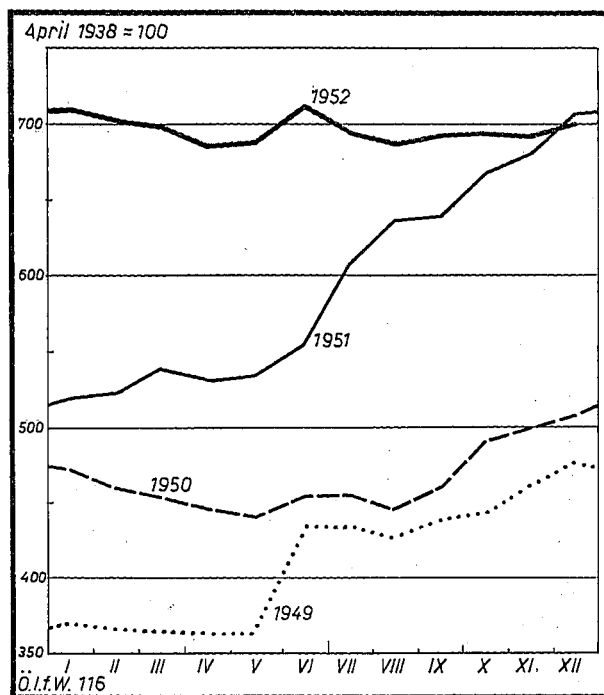
Auch eine Reihe anderer im Lebenshaltungskostenindex nicht enthaltener Nahrungs- und Genußmittel hat sich seit Dezember 1951 teilweise stärker verbilligt, so z. B. fast sämtliche Arten von Frisch- und Dörrobst, Geflügel und Wild, Süßwasserfische, Sardinen, Linsen, Mohn, freies Speiseöl, Kakao, Rosinen, Haselnüsse, Spirituosen. Außerdem sind Butter und Zucker nunmehr in jeder Menge zu den amtlichen Höchstpreisen erhältlich, während im Dezember 1951 für Butter Überpreise bis zu 15 S je kg bezahlt wurden und der Preis für freien Zucker um etwa 1 S über dem für bewirtschaftete Ware lag.

Der *Baukostenindex* blieb im IV. Quartal 1952 so gut wie unverändert. Einer geringen Ermäßigung des Baustoffaufwandes steht eine ebenso geringfügige, hauptsächlich durch die Erhöhung der Bankrate verursachte Verteuerung des Arbeitsaufwandes gegenüber. Rein rechnerisch ist damit der Index gegenüber dem III. Quartal um 0.1% gestiegen. Seit dem IV. Quartal 1951 ist er um 1.7% zurückgegangen.

Die reagiblen Preise waren dagegen weiterhin rückläufig. Der freie Goldpreis und der Index der „schwarzen“ Devisenkurse sanken auf ihren bisher niedrigsten Stand. Die Züricher Notierung des österreichischen Schillings lag zum erstenmal höher als der Prämienkurs der Nationalbank. Gegen Dezember

¹⁾ Ohne Gemüse und Obst wäre der Index um 1% gefallen.

Entwicklung des Lebenshaltungskostenindex (Natürlicher Maßstab; April 1938 = 100)



Der Lebenshaltungskostenindex ist bis Ende 1951 ständig gestiegen. Seit Anfang 1952 ist er dank der Stabilisierungspolitik leicht gefallen und blieb dann, abgesehen von kleineren saisonbedingten Schwankungen, stabil. Dennoch war der Index nominell stets höher als im Vorjahr. Erst im Dezember ist er unter das Niveau des Vorjahres gesunken, obwohl dieses durch fiktive Preise für Kalb- und Rindfleisch immer noch unterbewertet war.

1951 sind die „schwarzen“ Devisenkurse um 14.7%, der freie Goldpreis um 21.1% gesunken. Auch die Versteigerungspreise für Diamanten, die im September vorübergehend angezogen hatten, gingen im Dezember wieder um 4.2% zurück. Die Preise für Perserteppiche und Pelze blieben trotz der Weihnachts-saison unverändert.

Die *Tariflöhne* und *Gehälter* blieben in der Berichtsperiode praktisch unverändert. Nur in einigen kleineren Wirtschaftszweigen wurden neue Kollektivverträge abgeschlossen oder bestehende ergänzt. Mit Ausnahme der Arbeiter in den Privatforsten, die mit Wirkung vom 1. November eine Erhöhung der Zeitlöhne um 5% erreichten, blieben in allen Verträgen die Stundenlöhne unverändert.

In einigen Branchen, wie z. B. bei den Angestellten in der Privatwirtschaft, im Zentralheizungs- und Lüftungsbau, in der Erdöl-, Brot-, Fleischwaren-, Brau- und Fischindustrie, wurde über Änderungen oder Ergänzungen der Kollektivverträge verhandelt. Zumeist werden aber nur Änderungen der arbeitsrechtlichen Bestimmungen oder der Zulagen angestrebt.

Ernährung

Dazu statistische Übersichten 3.1 bis 3.3

Um nach Ablauf des Lebensmittelbewirtschaftungsgesetzes¹⁾ einen störungsfreien Übergang zu einer völlig freien Nahrungsmittelversorgung zu sichern, lockern die Behörden nach und nach die letzten Bewirtschaftungsmaßnahmen. Nach der Einführung des wahlweisen Bezuges von Margarine, Kunstspeisefett und Öl im Oktober und der Freigabe des Zuckers im November wurde ab Jänner 1953 das Angebot an freien Fetten erweitert. Außer Butter, inländischem Schmalz, nicht verbilligtem Speiseöl und Kokosfett ist nunmehr auch *Milchmargarine* frei erhältlich. Allerdings ist die neu aufgenommene Erzeugung zunächst mit 560 t monatlich (das entspricht einer Kopfquote von 10 *kg* je Nichtselbstversorger) begrenzt²⁾. Der Preis für Milchmargarine ist ebenso wie der der meisten anderen freien Fettarten amtlich geregelt, er wird jedoch nicht gestützt.

Mit der Freigabe von Milchmargarine wurde die Zusammensetzung der Fettportionen geändert, ihre Gesamthöhe blieb jedoch mit 65 *kg* monatlich je Nichtselbstversorger unverändert. Da das freie inländische Schmalz derzeit um 8 bis 10 S je *kg* teurer ist als das rationierte Importschmalz³⁾ (S 22 bis S 24 gegen S 14'40 je *kg*), die Preisdifferenz zwischen freien und verbilligten rationierten Pflanzenfetten bzw. Margarine aber nur 3 bis 5 S je *kg* beträgt (freies Speiseöl kostet derzeit 11 bis 16 S, Kokosfett 13'60 bis 16 S, Milchmargarine 14 bis 15 S, rationiertes Öl und Kunstspeisefett 11 S, Margarine 10'40 S je *kg*), ist es wirtschaftlicher, den zusätzlichen Fettbedarf mit freien Pflanzenfetten und Milchmargarine zu decken als mit Schmalz. Aus diesem Grunde wurde die Zuteilung von Importschmalz ab Jänner 1953 von 30 auf 40 *kg* im Monat je Nichtselbstversorger erhöht und die Ration von Margarine, Kunstspeisefett, Speiseöl (wahlweiser Bezug) von 35 auf 25 *kg* monatlich je Nichtselbstversorger herabgesetzt. Außerdem werden dadurch Subventionen eingespart⁴⁾ und die Eingänge an Abschöpfungsbeträgen bei Importschmalz erhöht.

¹⁾ Das Lebensmittelbewirtschaftungsgesetz läuft Ende Juni 1953 ab. An eine Verlängerung ist derzeit nicht gedacht.

²⁾ Die Fettindustrie nimmt jedoch an, daß der Absatz geringer sein wird.

³⁾ Tatsächlich ist das Importschmalz noch billiger. Die kalkulierten Importabgabepreise liegen je nach Bezugsland und Importabschluß um 1'50 bis 4 S je *kg* unter dem festgesetzten Abgabepreis. Die Differenz wird abgeschöpft.

⁴⁾ Infolge der Verbilligung der Fettrohstoffe auf dem Weltmarkt und des Rückganges der Einfuhren haben die Subventionen in letzter Zeit stark abgenommen. Im 2. Halbjahr 1952 wurden für die Verbilligung von Fettrohstoffen 34'6 Mill. Schilling aufgewendet, gegen 62'2 Mill. S im 1. Halbjahr. Der

Durch die Umstellung der *Schmalzimporte* von freien Dollar auf MSA-Dollar⁵⁾ wurden von Juni bis Dezember keine Importe von amerikanischem Schmalz bewilligt. Die Vorräte, die Mitte des Jahres schon 11.000 bis 12.000 t erreicht hatten, schrumpften bis Ende des Jahres auf 3.800 t zusammen, obwohl geringe Mengen aus Ungarn und Dänemark eingeführt wurden. In nächster Zeit wird sich die Vorratslage jedoch wieder bessern, da im Dezember 2 Mill. MSA-Dollar freigegeben wurden, mit denen etwa 9.500 t Schmalz importiert werden. Außerdem wird Dänemark bis Anfang April noch 1.900 t aus einem Importabschluß über 3.000 t Schmalz gegen argentinisches Gefrierfleisch⁶⁾ liefern und auch aus Ungarn erwartet man weitere 500 bis 600 t. Durch die Erhöhung der Schmalzrationen ist der Schmalzbedarf von 5.738 t auf 6.882 t je Quartal gestiegen.

Wie sich die Aufhebung der Rationierung auf den Zuckerkonsum auswirkt, kann derzeit noch nicht genau festgestellt werden. Im November wurden 12.000 t Konsumzucker ausgeliefert, für Dezember wurden 15.000 t und für Jänner wieder 12.000 t angefordert. Da zur Zeit der Bewirtschaftung monatlich rund 10.000 t Konsumzucker zugeteilt und durchschnittlich 800 bis 1.000 t freigegeben wurden, könnte man annehmen, daß der ohnedies relativ hohe Zuckerverbrauch noch weiter steigt. Allerdings muß man berücksichtigen, daß die kleinen verarbeitenden Betriebe ihren Bedarf nunmehr aus der Konsumquote decken müssen⁷⁾, und Groß- und Einzelhandel zweifellos jetzt größere Lager als zur Zeit der Rationierung halten, um eine plötzlich auftretende Nachfragesteigerung befriedigen zu können. Im ganzen dürfte

durchschnittliche Subventionssatz sank von 62% auf 54%, die Menge der verbilligten Rohstoffe von 10.800 t auf 6.900 t.

⁵⁾ Da der im Weizenabkommen vereinbarte Preis unter dem freien Weltmarktpreis liegt, können die Weizenimporte im Rahmen des Weizenabkommens nicht mehr mit MSA-Dollar bezahlt werden. Die verfügbaren Mittel werden daher nunmehr vorwiegend für Schmalzimporte verwendet. Außerdem bemüht man sich, kubanischen Rohzucker mit MSA-Mitteln einzuführen, da der Bedarf an importiertem Zucker viel höher sein wird, als man ursprünglich erwartete. Fettrohstoffe werden dagegen nicht im Rahmen der Hilfslieferungen bezogen, da die benötigten Waren in den USA schwer erhältlich oder sehr teuer sind.

⁶⁾ Da das eingelagerte argentinische Gefrierfleisch bisher sehr schleppend verkauft wurde und die Qualität durch längere Lagerung litte, bemühte man sich, die Vorräte allmählich zu erneuern. Mit Dänemark wurde daher ein Geschäft abgeschlossen, wonach Österreich für Grönland argentinisches Gefrierfleisch liefert und dafür aus Dänemark Schmalz und frisches Gefrierfleisch erhält.

⁷⁾ Verarbeitungszucker wird derzeit nur bei Abnahme von mindestens 10 t direkt von der Fabrik oder vom Importeur zugewiesen.

sich daher der Zuckerkonsum kaum stärker verändert haben; ein genaueres Bild wird man jedoch erst nach einigen Monaten geben können.

Im Gegensatz zu den Vorjahren hat der saisonbedingte Rückgang der Milchanlieferung seit Oktober keine Versorgungsstörungen verursacht. Die durchschnittliche Tagesmarktleistung sank im Oktober um 3% und im November abermals um 13%, war allerdings um 8% und 18% höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Ergebnisse des Jahres 1950 wurden in den beiden Monaten um durchschnittlich 8% übertroffen.

Marktleistung von Milch und Molkereiprodukten¹⁾

Zeit	Milch		Butter	Käse	Topfen	Absatz von Trinkmilch	
	insges.	je Tag				insges.	je Tag
			in Tonnen				
1950 IX.	76.725	2.558	1.506	734	307	39.907	1.330
X.	76.075	2.454	1.582	641	509	39.898	1.287
XI.	63.906	2.130	1.143	407	358	37.495	1.250
1951 IX.	70.641	2.355	1.313	691	462	38.837	1.295
X.	75.942	2.450	1.668	712	636	40.439	1.304
XI.	63.067	2.102	1.161	459	411	37.818	1.261
1952 ²⁾ IX.	81.267	2.709	1.920	950	502	39.700	1.323
X.	81.701	2.636	1.933	801	494	40.839	1.317
XI.	69.165	2.306	1.533	512	361	39.742	1.325

¹⁾ Nach Angaben des Milchwirtschaftsfonds. — ²⁾ Vorläufige Zahlen.

Da die Nachfrage nach Trinkmilch nur wenig gestiegen ist, wirkte sich die gegenüber den Vorjahren erhöhte Milchproduktion vor allem in einer Besserung der Butter- und Käseversorgung aus. Während der Trinkmilchabsatz im November 1952 bei milderer Qualität (2,5% gegen 3% Fettgehalt) nur um 5% höher war als 1951 und um 6% höher als 1950, hat die Marktproduktion von Butter um 32% und 34%, und die von Käse um 12% und 26% zugenommen.

Die Marktproduktion von Butter erreichte im September mit einem Tagesdurchschnitt von 64 t den bisher höchsten Nachkriegsstand. Dieses Niveau konnte auch im Oktober nahezu gehalten werden. Da die Nachfrage der Konsumenten derzeit bei 1.700 t monatlich liegt, die Marktproduktion im September und Oktober aber durchschnittlich 1.925 t betrug, sind die Vorräte stark gestiegen. Ende November lagerten in den Kühllhäusern rund 1.000 t Butter, obwohl man nur einen Vorrat von 600 t angestrebt hatte.

Um auch bei unerwartet starkem Rückgang der Milchanlieferungen die Trinkmilchversorgung zu sichern, wurde Ende November die Erzeugung von flüssigen Milchprodukten auf 6% der gesamten Milchanlieferung der Betriebe und die Käseerzeugung der reinen Käsereien auf 60% der angelieferten Milch beschränkt. Ferner wurde verfügt, daß die Ausgabe von Trinkmilch den Tagesdurchschnitt der Monate

September und Oktober nicht unterschreiten soll. Dank diesen vorsorglichen Maßnahmen, der relativ günstigen Marktbelieferung und dank den hohen Vorräten war heuer auch zu den Feiertagen¹⁾ die Versorgung mit Milch und Milchprodukten ausreichend.

Land- und Forstwirtschaft

Dazu statistische Übersichten 3.4 bis 3.10

Infolge anhaltenden Frostes im Dezember wurde ein Teil der Äcker vor dem Winter nicht mehr gepflügt. Es war heuer, trotz stärkerer Mechanisierung, um so schwieriger, die Böden fertigzubearbeiten, als die Zuckerrüben wegen ungünstiger Witterung erst spät geerntet und von den Feldern abgefahren werden konnten. Da nichtgepflügte Böden im Frühjahr mehr Mühe machen, weniger Wasser speichern und geringere Erträge geben, wird man die rückständigen Feldarbeiten bei geeigneter Witterung im Winter nachholen müssen. Die Herbstsaaten stehen zur Zeit recht gut und sind fast überall durch eine Schneedecke vor Frostschäden ausreichend geschützt.

Bis Ende November brachte die Landwirtschaft 145.730 t Weizen und 91.760 t Roggen, zusammen 237.490 t Brotgetreide auf den Markt, um 75.790 t oder 47% mehr als im Vorjahre. Damit wurde im laufenden Wirtschaftsjahr bereits nach fünf Monaten die gleiche Marktleistung erzielt wie im Vorjahre nach zehn. Gewiß trug zu dem starken Angebot die — nach vorläufigen Ergebnissen — um 61.600 t (9%) größere Weizen- und Roggenernte ebenso bei wie die um 50.000 t (9%) höhere Gersten- und Haferernte; doch darf nicht übersehen werden, daß auch der Bedarf an Getreide für Futterzwecke stieg, da die Rauhfutter- und Hackfruchterträge ungünstiger ausfielen und der Schweinebestand im Herbst 1952 den Bestand vom Herbst 1951 um 8% übertraf. Das günstige Angebot ist in der Hauptsache offensichtlich darauf zurückzuführen, daß die Einfuhren an Futtergetreide und Eiweißfutter im Jahre 1952 erhöht wurden²⁾ und die verzerrten Relationen zwischen Brotgetreide-, Futtergetreide- und Viehpreisen sich normalisierten.

Zwar hatte man die Weizen- und Roggenpreise auch schon im Sommer 1951 (5. Preis-Lohn-Abkommen) mit der Absicht erhöht, sie aus der Ebene der Futtergetreidepreise herauszuheben und so die Verfütterung von Brotgetreide unrentabel zu machen.

¹⁾ In der Regel sind die Milchanlieferungen vor Weihnachten sehr niedrig, während die Nachfrage stark zunimmt.

²⁾ In den ersten drei Quartalen 1952 wurden 393.116 t Futtergetreide, Futtermehl und Kleie sowie 37.398 t Ölkuchen, Fisch- und Fleischmehl eingeführt gegen nur 261.607 t sowie 25.598 t in den ersten drei Quartalen 1951.

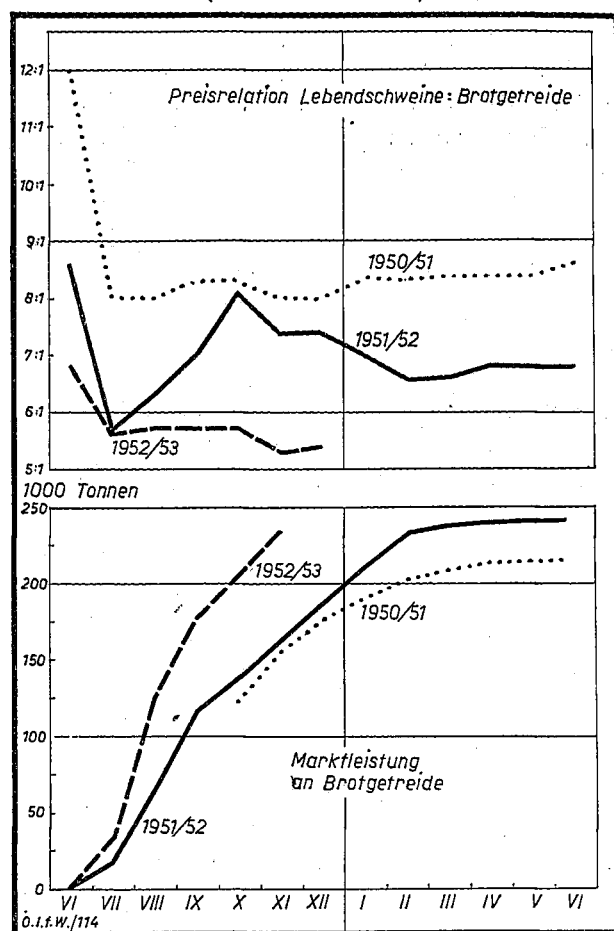
Doch gelang es trotz Preisstopp damals nicht, Vieh- und Fleischpreise stabil zu halten, so daß der Anreiz zu einem starken Marktangebot von Getreide teilweise wieder verloren ging. Im Jahre 1952 dagegen schwächte sich die ziemlich elastische Nachfrage nach Fleisch bei annähernd stabilem Lohnniveau infolge erhöhter Arbeitslosigkeit ab, indessen das gesamte Fleischangebot noch etwas zunahm¹⁾. Dadurch wurden die Viehpreise stark gedrückt. Da man außerdem die Erzeugerpreise für Weizen und Roggen durch Umschichtung der Agrarsubventionen weiter erhöhte, während die Erzeugerpreise für Futtergetreide infolge einer guten Ernte und gesteigerter Einfuhren zurückgingen, war der Direktverkauf des Brotgetreides attraktiver als seine Verfütterung. Die augenfällige Reaktion der Landwirtschaft zeigt, daß es durch Schaffung entsprechender Preisrelationen noch am ehesten gelingt, die landwirtschaftliche Produktion und die Verwertung ihrer Erzeugnisse zu steuern.

Die Überschüsse des *Milchwirtschaftsfonds* im 2. Halbjahr 1952 ermöglichen es, für die an Molkeereien gelieferte Milch rückwirkend eine Prämie von 4 Groschen je Liter zu zahlen. Um den Erzeugerpreis noch weiter erhöhen zu können, will die Landwirtschaft vollfette Flaschenmilch herstellen und zu erhöhtem Preis abgeben. Allerdings wäre zu überlegen, ob es nicht gesamtwirtschaftlich günstiger ist, Prämien nur für Wintermilch auszuschütten, statt sie generell für das ganze Jahr zu geben. Ein entsprechend höherer Preis für Wintermilch könnte nach Ansicht von Fachleuten beitragen, die gegenläufigen Saisonschwankungen zwischen Milchproduktion und Nachfrage mehr oder weniger auszugleichen; wahrscheinlich würde dadurch die Nachfrage nach Ölkuchen²⁾ steigen und

¹⁾ Auf Grund der gewerblichen Schlachtungen von Inlandsvieh wurden von Jänner bis Oktober 1952 158.000 bis 160.000 t Fleisch, Speck und Talg auf den Markt gebracht, gegen 154.320 t von Jänner bis Oktober 1951. Mit den Auslandsbezügen standen den Märkten in den ersten zehn Monaten 1952 159.000 bis 162.000 t Fleisch, Speck und Talg zur Verfügung, gegen 158.170 t in der gleichen Vorjahresperiode.

²⁾ Obwohl die Futterlage in einigen Bundesländern ungünstig ist, läßt die Nachfrage nach preisgestützten Ölkuchen sehr zu wünschen übrig. Vielfach werden diese auf Grund des Milchangebotes zugeteilten Eiweißfuttermittel gar nicht bezogen. Da die Vorräte an Ölkuchen groß sind — i. J. 1952/53 werden aus Importen voraussichtlich 68.000 t und aus der inländischen Produktion 12.000 bis 14.000 t zur Verfügung stehen, gegen bloß 55.000 t im Vorjahre —, könnte man auch daran denken, Futtermittelprämien an Stelle von Geldprämien zu geben. Allerdings müßten die Landwirte gleichzeitig unterrichtet werden (Broschüre), wie und in welchen Mengen Ölkuchen gefüttert werden sollen. In Kärnten wurde heuer ein derartiger Versuch unternommen: Ab 1. November erhalten die Landwirte eine Prämie von 15 Groschen je Liter abgelieferter Milch in Form eines Ölkuchengutscheines.

Preisabhängigkeit des Getreideangebotes (Natürlicher Maßstab)



Daß die Relationen zwischen den Preisen der einzelnen landwirtschaftlichen Produkte weitgehend darüber entscheiden, was produziert wird und wie die Erzeugnisse verwertet werden, wird durch die Kurve der Ablieferung von Brotgetreide in den letzten drei Jahren augenfällig bewiesen. Im Jahre 1950/51 wurden bei einer Ernte von 782.000 t Brotgetreide nur 220.000 t auf den Markt gebracht und etwa 180.000 t — bei Annahme eines Eigenverbrauches der Landwirtschaft von 380.000 t — verfüttert, weil die fixierten Preise für Weizen und Roggen erheblich niedriger waren als der Verwertungspreis in der Schweinemast und zu wenig preisgestützte ausländische Futtermittel zur Verfügung standen. Im Jahre 1951/52 dagegen, bei einer Ernte von nur 690.000 t, war die Marktleistung um 20.000 t größer, da die Verfütterung lange nicht mehr so lohnend erschien. Immerhin dürften auch im letzten Wirtschaftsjahr noch gegen 70.000 t Brotgetreide über den Tiermagen verwertet worden sein.

Erst im 2. Halbjahr 1952 wurden die Brotgetreidepreise durch Umschichtung der Agrarsubventionen so stark erhöht, daß — bei gleichzeitigem Nachlassen der Konsumentennachfrage nach Fleisch und steigenden Futtermiteleinfuhrten — die Preisrelation Schweine: Brotgetreide weniger als 6:1 betrug. Da bei einem derartigen Preisverhältnis der Direktverkauf des Getreides günstiger ist als seine Verfütterung, hofft man, daß im Wirtschaftsjahr 1952/53 die gesamte für den Eigenverbrauch nicht benötigte Brotgetreidemenge (etwa 350.000 t) auf den Markt kommen wird — bis auf geringe Mengen, die nicht marktfähig sind und stets verfüttert werden müssen. Das bisherige günstige Ablieferungsergebnis spricht durchaus für diese Annahme.

die Fütterung und Leistung der Milchkühe in den futtermangelnden Monaten November bis April entscheidend verbessert werden.

Energiewirtschaft

Dazu statistische Übersichten 4.1 bis 4.5

Der österreichischen Wirtschaft blieben heuer zum erstenmal seit Kriegsende bis Dezember-Jänner Einschränkungen des Stromverbrauchs erspart. Dank der übersaisonnmäßig günstigen Wasserführung der Flüsse war die Erzeugung der Wasserkraftwerke im November bedeutend höher als im gleichen Monat des Vorjahres, so daß man nicht nur weniger kalorischen Strom zu erzeugen brauchte, sondern auch der Stromexport für diese Jahreszeit ungewöhnlich hoch bleiben konnte.

Insgesamt wurden im November in den Kraftwerken der öffentlichen Versorgung 503 Mill. kWh (434 Mill. kWh in Wasser- und 68 Mill. kWh in Dampfkraftwerken) erzeugt und 433 Mill. kWh im Inlande verbraucht. Der Verbrauch war damit um 8,5% höher als im November 1951. Die an und für sich geringe Stromeinfuhr ging gegenüber dem Vormonat zurück. Auch der Export war geringer als im Oktober, aber mit 67 Mill. kWh viel höher, als saisongemäß zu erwarten gewesen wäre (November 1951: 18 Mill. kWh).

Nach einer Bauzeit von 3½ Jahren wurde am 20. November das Dampfkraftwerk St. Andrä (Kärnten) offiziell in Betrieb genommen. Mit einer installierten Leistung von 67.000 kW ist es das drittgrößte kalorische Werk in Österreich.

Infolge des geringen Kohlenverbrauches der Dampfkraftwerke in den letzten Monaten — von Juli bis November 1952 mußten wegen der günstigen Wasserdarbietung nur 337 Mill. kWh kalorisch erzeugt werden gegen 530 Mill. kWh in der gleichen Zeit des Vorjahres — sind die Kohlenvorräte bei den Kraftwerken bis Ende November auf 336.000 t (SKB) gestiegen, ihre Zukäufe aber zurückgegangen. Da die Dampfkraftwerke aber der größte Abnehmer für inländische Feinkohle sind, trat eine anhaltende Absatzstockung in Feinsorten ein. Bei den übrigen Inlandskohlensorten hat sich der Absatz in der letzten Zeit saisonbedingt gebessert. Die Absatzschwierigkeiten in den Sommermonaten haben aber dazu geführt, daß die Produktionssteigerung gegenüber dem Vorjahr viel geringer ist, als man ursprünglich annahm. Von Jänner bis November 1952 wurden 4.733.221 t Braunkohle und 177.070 t Steinkohle gefördert, das sind nur um 3,9% mehr und 1,2% weniger als in der gleichen Zeit des Jahres 1951.

Das Investitionsprogramm im Kohlenbergbau lief aber, wenn auch eingeschränkt, programmgemäß weiter. In den ersten drei Quartalen 1952 wurden insgesamt 44,4 Mill. S aus dem Counterpartkonto für Investitionen im Kohlenbergbau abgebucht, gegen 84,6 Mill. S in der gleichen Zeit des Jahres 1951. Das größte derzeit laufende Projekt ist eine zentrale Sortieranlage im Köflacher Kohlenrevier, die an die Stelle von vier veralteten und unzureichenden Anlagen tritt und in der die Förderung der Gruben Karlschacht, Marienschacht, Oberdorf und Zangtal aufbereitet und marktfähig gemacht werden wird.

Im Wolfsegg-Traunthaler Revier wurden die Aufschließungsarbeiten in einem neuen Kohlenfeld mit etwa 700.000 t abbaufähiger Kohle soweit abgeschlossen, daß Anfang 1953 mit der Förderung begonnen werden kann.

Das Fehlen einer Statistik des Kohlenverbrauches hat es der Obersten Bergbehörde im Laufe des Jahres 1952 sehr erschwert, das Kohleneinfuhrprogramm mit dem laufenden Bedarf und den Liefermöglichkeiten des inländischen Bergbaues abzustimmen. Um nun einen Überblick über die Höhe des laufenden Kohlenbedarfes zu erhalten, wird gegenwärtig eine Erhebung des Kohlenverbrauches aller brennstoffverbrauchenden Anlagen durchgeführt. Wenn diese Angaben vorliegen, wird es erstmalig möglich sein, die Lagerbewegung, die in den letzten Jahren gerade in der Kohlenwirtschaft eine besondere Rolle gespielt haben dürfte, annähernd zu schätzen. Gegenwärtig kann man nicht eindeutig feststellen, ob der Kohlenbezug in den letzten drei Quartalen durch Lagerabbau oder Einschränkung des Verbrauchs zurückgegangen ist.

Da die Produktion in den besonders energieintensiven Zweigen gegenüber dem Vorjahr noch immer zugenommen hat, die Kohlenbezüge der Industrie aber schon seit dem II. Quartal dieses Jahres viel geringer sind als im Jahre 1951, dürften nicht nur Kohlenlager aufgelöst, sondern auch der Verbrauch reduziert worden sein.

Im November ist die inländische Kohlenförderung wegen der geringeren Zahl von Arbeitstagen bei Braunkohle um 6,4% und bei Steinkohle um 19,6% zurückgegangen. Die arbeitstägige Förderleistung stieg gegenüber Oktober von 17.156 t auf 18.073 t.

Da die Kohleneinfuhr auch im November wegen der geringen Nachfrage noch nicht stärker zugenommen hat, standen den österreichischen Verbrauchern aus Inlandslieferungen des heimischen Bergbaues und aus Importen 507.796 t Kohle (SKB), das sind 123% von 1937, zur Verfügung.

Industrieproduktion

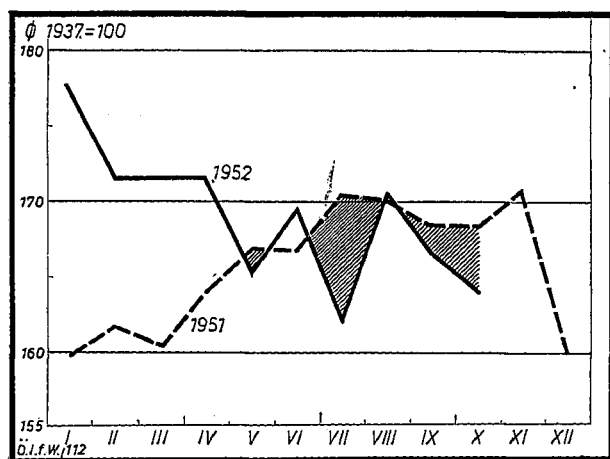
Dazu statistische Übersichten 5.1 bis 5.22

Die Entwicklung der Industrieproduktion im Oktober bewies erneut, daß der verhältnismäßig günstige Produktionsstand der letzten Monate in erster Linie der verstärkten (weil verspäteten) Saisonbewegung in den Konsumgüterindustrien zu danken war. Da die Erzeugung in den meisten Investitionsgüterindustrien seit Juni zurückgeht, hat die Gesamtproduktion seit Juli trotz der starken Zunahme der Konsumgütererzeugung nicht mehr den Stand vom Vorjahr erreicht und ist überdies auch vom September auf Oktober leicht zurückgegangen. Im November — für den erst wenige Daten vorliegen — dürfte die Produktion zwar wieder gestiegen sein und den saisonmäßigen Höhepunkt erreicht haben, im Dezember ist jedoch mit dem Abflauen der Konsumgütererzeugung und daher voraussichtlich mit einem stärkeren Rückgang der Gesamtproduktion zu rechnen.

Der saisonbereinigte Index ging im Oktober noch stärker zurück als der auf Kalendertage abgestellte Gesamtindex, und zwar um 1,4% auf 163,9% von 1937, da die Produktion in diesem Monat sonst meist etwas steigt. Die seit Jahresbeginn sinkende Tendenz der von Saisonschwankungen bereinigten Produktion, die nur im Monat August unterbrochen wurde, setzte sich also auch im Oktober fort.

Während die Konsumgütererzeugung, vor allem wegen der starken Steigerung der Textilerzeugung (+ 15,6%), um 7,6% zunahm, fiel der Index der Investitionsgüterindustrien vorwiegend wegen des starken

Industrieproduktion in den Jahren 1951 und 1952
(Saisonbereinigt; normaler Maßstab; ϕ 1937 = 100)



Während der saisonbereinigte Produktionsindex bis gegen Ende 1951 noch zunahm — der starke Rückgang im Dezember war durch die Häufung von Feiertagen bedingt und wurde im Jänner 1952 kompensiert — geht er seit Anfang dieses Jahres zurück und liegt im Durchschnitt der Monate Mai bis Oktober beträchtlich unter dem Vorjahresstand.

Erzeugungsrückganges in den Metallhütten (— 41,5%) um 5%. Aber auch in allen anderen Branchen des Produktionsmittelbereiches ging — mit Ausnahme der Fahrzeugindustrie — die Produktion zurück.

Der Index der Bergbauproduktion, der im Oktober dank einer höheren Kohlen- und Eisenerzförderung um 2,0% gestiegen war, ging im November wegen der geringeren Zahl von Arbeitstagen (27 im Oktober, 24 im November) wieder um 4,5% zurück. Je Arbeitstag gerechnet war die Erzeugung im November jedoch um 3,8% höher als im Oktober. Die Magnesitindustrie, deren Absatz kaum auf Schwierigkeiten stößt, erreichte im Oktober mit 235% von 1937 einen neuen Höhepunkt. Im Durchschnitt der ersten zehn Monate dieses Jahres konnte sie die Erzeugung gegenüber dem Vorjahresdurchschnitt um 15% steigern.

Die eisenschaffende Industrie hat im November in allen Warengruppen, mit Ausnahme von Walzwaren, etwas mehr erzeugt als im Vormonat. Die Rohstahlerzeugung war zwar höher als im Oktober, erreichte aber wegen einer Reparatur an einem SM-Ofen nicht den Stand der Vormonate. Die Auftragsengänge aus dem Inlande haben im Oktober zwar wieder zugenommen, jedoch weniger, als erwartet wurde. Überdies wurden gleichzeitig weitere Aufträge storniert. Dadurch hat sich die Versorgung mit Blechen bereits merklich gebessert, obwohl die Erzeugung der neuen Breitbandstraße in Linz noch nicht ins Gewicht fällt. Auch die Auslandsaufträge gehen seit der Entspannung des internationalen Eisen- und Stahlmarktes zurück. In den letzten Monaten waren die Exporte viel größer als die Auftragsengänge aus dem Auslande.

Die eisenschaffende Industrie ist mit Rohstoffen, insbesondere mit Schrott und Legierungsmetallen ausreichend versorgt. Bei verschiedenen Ferrolegierungen ist der Bedarf außerdem geringer als veranschlagt, weil sich der Absatz der betreffenden Stahlsorten schlechter entwickelte, als man erwartet hatte.

Der Index der Metallhütten ist infolge Kürzung der Stromlieferungen an Ranshofen — das Werk mußte seine Erzeugung im Oktober um 50% einschränken — um 41,5% zurückgegangen. In den beiden übrigen Sparten, in der Blei- und Kupfererzeugung, konnten die Erzeugungsmengen des Vormonates wieder erreicht werden.

Die seit über einem halben Jahr anhaltende Krise in den Buntmetall-Halbzeugwerken hat sich im Berichtszeitraum weiter verschärft. Trotz bedeutenden Preisnachlässen — seit Herbst des Vorjahres wurden die Preise in dieser Branche bis zu 50% gesenkt — gehen die Bestellungen weiter zurück. Zum Teil

dürfte diese Entwicklung auch auf eine stärkere Verwendung von Aluminium an Stelle von Buntmetallen zurückzuführen sein.

Auch in der *Gießereiindustrie*, deren Produktion im Oktober wieder um 1'5% zurückgegangen ist, blieben die Auftragseingänge unverändert schwach. Fünf Betriebe mußten auf Kurzarbeit übergehen. Die geringen Zukäufe der Industrie drücken weiter auf die Preise für Altmetall und Gußbruch, so daß die Ermäßigungen der amtlichen Höchstpreise hinter der tatsächlichen Entwicklung nachhinken. Schon im Dezember wurde Gußbruch zu niedrigeren als den neuen ab 1. Jänner 1953 gültigen Höchstpreisen angeboten. Da die Betriebe wegen der verschärften Konkurrenz knapper kalkulieren müssen, gewinnt die große Preisdifferenz zwischen Gießereikoks aus der Ruhr und dem anderer Herkunft immer größere Bedeutung. Bisher wurde Ruhrkoks nur den Betrieben in den westlichen Bundesländern zugeteilt, woraus sich Kostennachteile für Wiener und niederösterreichische Betriebe ergaben.

Trotz rückläufigen Exporten ist die Produktion in der *Fahrzeugindustrie* im Oktober weiter gestiegen und hat bei Traktoren und Motorrädern neue Höchststände erreicht. Die Erzeugung von Fahrrädern ging dagegen stark zurück und war die niedrigste seit Mai 1948.

Das geringere Exportgeschäft der Fahrzeugindustrie — der Motorradexport beträgt in den letzten Monaten nur knapp zwei Drittel des 1. Halbjahres, der Fahrradexport liegt weit darunter — wirkt sich vorläufig noch nicht auf die Beschäftigungslage der Industrie aus, weil die Inlandsnachfrage bisher nur zum Teil befriedigt werden konnte und zumindest einige Sparten jetzt auf den Inlandsmarkt ausweichen können.

Die Produktion der *Maschinenindustrie* hat sich im Oktober nicht einheitlich entwickelt. Der Gesamtindex ging gegenüber September um 2'1% zurück. Die starke Erzeugungssteigerung in den Herbstmonaten normaler Jahre blieb heuer aus. Stärker zurückgegangen ist die Produktion von Landmaschinen, Waagen, Armaturen und Verbrennungsmotoren. Kugellager, Drehbänke, Hebezeuge und Fördermittel sowie Nägel und Schrauben wurden mehr erzeugt als im September.

Die Exporte der Maschinenindustrie haben sich im Oktober kräftig belebt und den Rückschlag der vergangenen Monate wieder überwunden. Wertmäßig erreichten sie sogar den Vorjahresstand, während sie mengenmäßig noch um 24% darunter lagen.

Exporte der Maschinenindustrie¹⁾

Monat	Menge		Wert	
	1951	1952	1951	1952
		t	1.000 S	
VI.	2.704	1.722	47.701	51.186
VII.	3.943	1.759	54.509	59.506
VIII.	2.784	1.648	46.303	46.773
IX.	3.130	1.791	47.027	48.354
X.	3.550	2.708	53.316	62.659
XI.	4.527		60.041	

¹⁾ Statistik der Sektion Industrie der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft.

Die *Eisen- und Metallwarenindustrie* meldet einen unverändert schwachen Geschäftsgang. In einigen Sparten dieser Industrie ist die Nachfrage sogar weiter zurückgegangen.

Da in der *Elektroindustrie* nur mehr die Radioerzeugung saisonbedingt stärker zugenommen hat, wirkte sich im Oktober die rückläufige Tendenz bei der Investitionsgütererzeugung wieder stärker auf den Index aus, der gegenüber September um 3'6% sank. Die Produktion von Elektromotoren ist seit dem Höchststand im I. Quartal dieses Jahres bis Oktober um 37% gesunken. Die Bleikabellerzeugung wurde besonders stark eingeschränkt.

Die Erzeugung der *Baustoffindustrie* ist im Oktober saisonbedingt um 6'2% zurückgegangen. Der frühzeitige Einbruch kalten Wetters hat den Absatz der Zementfabriken sosehr beeinträchtigt, daß die Verkaufsmengen des Vorjahres, die man dank dem günstigen Herbstgeschäft noch zu erzielen hoffte, nicht erreicht werden können. Die Ziegelindustrie hat in den meisten Betrieben die Rohwarenerzeugung im Oktober eingestellt. Auch einige Betriebe mit künstlichen Trocknereien arbeiten nicht oder nur eingeschränkt weiter. Die infolge der Absatzstockung in den Sommermonaten angesammelten Ziegelvorräte konnten bis Jahresende größtenteils verkauft werden. Im Frühjahr erwartet man aber eine geringere Nachfrage, da ein erheblicher Teil der in den letzten Monaten verkauften Ziegel nicht mehr verbaut, sondern von den Bauherren für die Frühjahrssaison gelagert wurde.

Wegen der hohen Frachtbelastung wurde im Laufe des heurigen Jahres ein großer Teil der Ziegeltransporte von der Schiene auf die Straße verlagert, weil der Lastkraftwagen direkt an der Baustelle abladen kann und daher Zufuhr- und Verlaespesen erspart. Nur der Mangel an schweren Lastwagenzügen (10 t) hat diese Transportverlagerung bisher beeinträchtigt.

In den übrigen Zweigen der Baustoffindustrie, besonders in der Natursteinindustrie, war die Beschäftigung schlechter, als saisongemäß zu erwarten gewesen wäre. Nur die mit der Herstellung von Kalk-

steinmehl und Düngekalk beschäftigten Betriebe der Kalkindustrie hatten genügend Aufträge.

In der *holzverarbeitenden* Industrie hat sich die Auftragslage der Möbelindustrie, die sich vorübergehend gebessert hatte, im Oktober wieder verschlechtert. Die Industrie befürchtet, daß der gewöhnlich erst Ende Jänner eintretende Saisonrückschlag diesmal schon im Dezember erfolgen wird. Die Sperrholz- und Paneelplattenindustrie sowie die Kistenindustrie sind noch immer gut beschäftigt, während die Holzhausindustrie wegen der geringen Exporte ihre Kapazität nicht ausnützen kann.

Die Produktion der *chemischen* Industrie blieb im Oktober fast unverändert. Erzeugungssteigerungen bei einigen Produkten (Waschmitteln und Seife) steht eine geringere Erzeugung von Kalkammonsalpeter, Karbid und Zündhölzchen gegenüber.

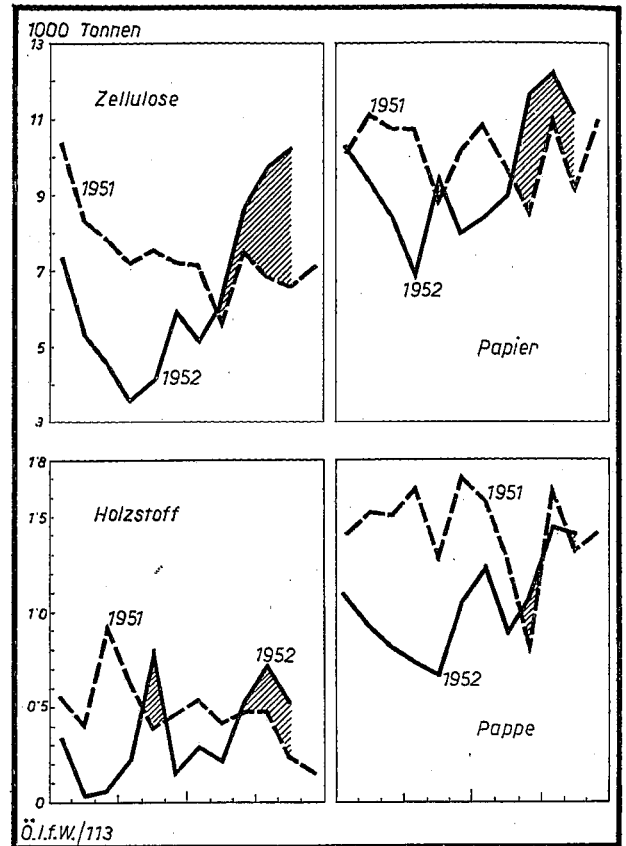
Die Zellwolleerzeugung, die seit dem II. Quartal 1952 um mehr als 50% eingeschränkt worden war, stieg im Oktober wieder sprunghaft an, blieb aber mit 2.590 t noch immer um 31% hinter dem bisherigen Höchststand (August 1951) zurück. Die Steigerung der Zellwolleproduktion hat auch die Absatzschwierigkeiten für Schwefelsäure gemildert.

Die *Papierindustrie* konnte im September und Oktober ihre Exporte wieder stark steigern und in allen Positionen die Vorjahresergebnisse überbieten. Wertmäßig blieben die Exporte infolge der niedrigeren Weltmarktpreise allerdings hinter dem Vorjahr zurück. Der Produktionsindex sank im November wegen der geringeren Zahl von Arbeitstagen um 5,7%. Berücksichtigt man aber, daß um drei Tage weniger gearbeitet wurde als im Oktober, so war die Erzeugung pro Arbeitstag um 1,5% höher.

Die *papierverarbeitende* Industrie konnte bis Ende Oktober trotz der beginnenden Weihnachtssaison, ihre Erzeugung noch nicht erheblich steigern. In einigen Feinkonfektionsbetrieben und Verlagsbuchbindereien waren mangels an Aufträgen sogar Betriebseinschränkungen notwendig. Die seit 17. November 1952 gültige Papierpreiserhöhung um durchschnittlich 7% wurde bisher nur teilweise auf die Konsumenten überwält. Generell wurde nur der 3%ige Preissenkungsrabatt aufgehoben. Auch jene Betriebe, die Material verarbeiten, das im Preis stärker als der Durchschnitt gestiegen ist (der Preis für graphische Papiere wurde um 13% erhöht), konnten Preiskorrekturen nicht vermeiden.

Der Index der *Leder- und Schuhindustrie* ist im Oktober nicht mehr gestiegen. Die Lederschuhherzeugung nahm zwar etwas zu, war aber geringer als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Produktion von Gummiiüberschuhen und Gummistiefeln wurde

Exporte der Papierindustrie in den Jahren 1951 und 1952 (Normaler Maßstab; 1.000 Tonnen)



Nach einem starken Rückgang im 1. Halbjahr 1952 — bei Zellulose und Pappe setzte er bereits im Jahre 1951 ein — nahmen die Exporte der Papierindustrie in den letzten Monaten erheblich zu. Bei den beiden wichtigsten Exportgütern — Zellulose und Papier — wurde sogar der Absatz zur Zeit der Hochkonjunktur wieder erreicht.

saisonbedingt sprunghaft erhöht, dafür wurden aber viel weniger Tennis- und Textilstraßenschuhe erzeugt. Die Lederwaren- und Kofferindustrie meldete für Oktober die saisonübliche Belebung des Geschäftes, während die Ledertreibriemen- und technische Lederartikelindustrie weiterhin stagniert.

Die *Textilproduktion* hat sich im Oktober übersaisonmäßig günstig entwickelt. Der saisonbereinigte Index stieg gegenüber September um 15,2%, war aber noch immer um 19% niedriger als ein Jahr vorher.

Der Beschäftigtenstand der Textilindustrie ist im III. Quartal weiter zurückgegangen. Nach einer Statistik des Fachverbandes der Textilindustrie waren Ende September um 2.200 (4%) weniger Beschäftigte in Arbeit als Ende Juni und um 13.000 weniger als im bisherigen Höhepunkt (Dezember 1951). Am stärksten war der Rückgang in der Baumwoll- und Wollindustrie; einige Sparten, wie z. B. die Strick- und Wirkwarenindustrie und die Seidenindustrie, konnten hingegen ihren Beschäftigtenstand gegenüber dem Vorquartal erhöhen.

Der Index der *Nahrungs- und Genußmittelindustrie* ist im Oktober saisonbedingt um 11'9% auf 138'2% von 1937 gestiegen. Zu den saisonbedingten Steigerungen in der Dauerbackwaren- und Süßwarenindustrie kam die Produktion von 30.000 t Zucker aus der neuen Zuckerrübenkampagne, wodurch der saisonbedingte starke Rückgang der Biererzeugung (um 43%) überkompensiert wurde.

Umsätze

Dazu statistische Übersichten 6.1 bis 6.3

Der Geschäftsgang im Einzelhandel war im November saisongemäß ruhig¹⁾. Die Umsätze gingen im Durchschnitt um 5% zurück, je Verkaufstag waren sie allerdings um 4% höher als im Vormonat²⁾. Gegenüber November 1951 waren die Umsätze mengenmäßig um etwa 4% geringer, obwohl damals der Beginn der Preissenkungsaktion und das warme Wetter den Geschäftsgang ungünstig beeinflusst hatten und die Zahl der Verkaufstage, ausgenommen im Lebensmittelhandel, gleich war.

Indizes der Einzelhandelsumsätze

	Wertmäßig		1951	Mengenmäßig ³⁾		1952 in % von 1951
	1951	1952		1951	1952	
	Ø 1948 = 100					
Ø I. Quartal..	159'4	178'9	115'2	105'9		91'9
Ø II. „ ..	170'2	203'9	120'8	121'8		100'8
Ø III. „ ..	191'7	200'2	117'7	119'9		101'9
Oktober.....	249'3	232'7	143'3	138'5		96'7
November	227'4	220'4	134'6	128'9		95'8

¹⁾ Schätzung. Berechnet durch gruppenweise Ausschaltung der Preisveränderungen nach dem Lebenshaltungskostenindex des Institutes (mit gewissen Adaptierungen).

Das neuerliche Zurückbleiben des Umsatzvolumens gegenüber dem Vorjahr — auch die Oktoberumsätze hatten die des Vorjahres nicht erreicht, während im II. und III. Quartal der Vorjahresstand leicht überschritten wurde — beruht aber vermutlich nicht wie zu Jahresbeginn auf Kaufunlust und Zurückhaltung der Konsumenten, sondern vor allem auf dem Rückgang der Einkommen infolge größerer Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und geringerer Gewinne³⁾.

Im Gegensatz zum Fachhandel (— 10%) und den Konsumgenossenschaften (— 11%) haben die Umsätze in den Warenhäusern um 12% zugenommen, obwohl sie schon im Oktober über dem Gesamtdurchschnitt lägen. Sie übertrafen den Vorjahres-

¹⁾ Nach der Belebung im September und Oktober (Herbstsaison) nehmen die Einzelhandelsumsätze im November meist ab, da die Konsumenten für Weihnachten sparen.

²⁾ Im November waren nur 24 Verkaufstage gegen 27 im Oktober. Da jedoch alle Branchen, ausgenommen der Lebensmittelhandel, an den letzten zwei Samstagnachmittagen im November offenhielten, waren praktisch 25 Verkaufstage.

³⁾ Geringere Gewinne wirken sich erfahrungsgemäß nur bei kleineren Unternehmern auf den Konsum aus, bei den großen schmälern sie in erster Linie Investitionen und Sparen.

stand wertmäßig um 20%, mengenmäßig infolge der Preisrückgänge um noch mehr. Dieser Umsatzzuwachs ist hauptsächlich auf die Ausweitung der Ratengeschäfte zurückzuführen⁴⁾.

Die Umsatzentwicklung war branchenweise verschieden. An *Lebensmitteln* wurden — allerdings ausschließlich wegen der geringeren Zahl von Verkaufstagen — um 9% weniger gekauft als im Vormonat⁵⁾. Mengenmäßig und je Verkaufstag gerechnet waren die Umsätze etwa gleich hoch wie im November 1951. Im allgemeinen beruhen die Umsatzenschwankungen im Lebensmitteleinzelhandel in den letzten Monaten fast ausschließlich auf Veränderungen der Zahl der Verkaufstage und auf Preisschwankungen. Nach Ausschaltung dieser Faktoren zeigen die Umsätze eine bemerkenswerte Stabilität.

Umsätze des Lebensmitteleinzelhandels

Jahr, Monat	Wertmäßig	Mengenmäßig ¹⁾	
		insgesamt	je Verkaufstag
		Ø 1948 = 100	
1951 IX.	210'4	102'9	4'1
X.	237'1	114'7	4'2
XI.	230'7	112'0	4'5
1952 IX.	232'2	109'5	4'2
X.	248'6	115'6	4'3
XI.	225'2	102'9	4'3

¹⁾ Geschätzt durch Ausschaltung der Preisveränderungen mit dem entsprechend adaptierten Teilindex Nahrungs- und Genußmittel des Lebenshaltungskostenindex des Institutes.

Der Absatz von *Tabakwaren* ging um 15% zurück und war wert- und mengenmäßig um 9% geringer als im November 1951. Die Käufe von *Textilien* nahmen weniger als saisonüblich ab (— 12%) und waren mengenmäßig etwa gleich hoch wie vor einem Jahr. Von dieser Entwicklung der Nachfrage profitierten vor allem die Warenhäuser, während der Fachhandel schlechter abschnitt. Im *Schuhhandel* lag das Umsatzvolumen sogar um 4% über dem Vorjahresstand, obwohl der Rückgang gegenüber Oktober größer war, als man saisongemäß erwartet hätte (— 4% gegen — 1%).

Der Geschäftsgang im Einzelhandel mit *Möbeln* und *Wohnbedarf* war besser als saisonüblich. Die Umsätze nahmen nur um 7% ab (saisonmäßig — 16%), erreichten jedoch immer noch nicht das Volumen des Vorjahres. Einzelne der unter „*Sonstige*“ zusammengefaßten Branchen, bei denen das Weihnachtsgeschäft schon begonnen hatte, meldeten Umsatz-

⁴⁾ Nach Angaben einiger Wiener Warenhäuser sind die Kreditumsätze von November 1951 bis November 1952 um durchschnittlich 33% gestiegen, ihr Anteil an den Gesamtumsätzen erhöhte sich in der gleichen Zeit von 20% auf 24%.

⁵⁾ Da der 1. November (Feiertag) auf einen Samstag fiel, deckten die Konsumenten ihren Bedarf für den 1. und 2. November schon im Oktober. Außerdem wird erfahrungsgemäß zu den Feiertagen ein größerer Teil des Nahrungsbedarfs der Konsumenten als sonst in Gaststätten gedeckt.

steigerungen: Lederwaren um 26%, Spielwaren auf über das Dreifache des Vormonats. Die Mengenumsätze des Vorjahres wurden jedoch im allgemeinen nicht erreicht.

Im Gegensatz zur Entwicklung der Einzelhandelsumsätze im Oktober sind die Eingänge an *Umsatzsteuer* von Oktober auf November um 3% auf 389 Mill. S (einschließlich Bundeszuschlag) gefallen und waren um 9% niedriger als im November 1951.

Die Einnahmen an *Verbrauchssteuern* sanken von 192 Mill. S im Oktober auf 168 Mill. S im November (-12%), waren jedoch um 17% höher als im November 1951. Der Rückgang gegenüber Oktober ist vor allem auf die Mindereingänge an Tabak (-18%), Wein (-30%), Bier (-5%) und Mineralölsteuer (einschließlich Bundeszuschlag -3%) zurückzuführen. Bedingt durch den Beginn der Kampagne nahm der Ertrag der Zuckersteuer um 34% zu. Auch die Eingänge an Salzsteuer stiegen um 17%. Gegenüber dem Vorjahre haben vor allem die Einnahmen an Tabak- und Biersteuer zugenommen, während die Erträge der Zucker- und Weinsteuer gefallen sind.

Arbeitslage

Dazu statistische Übersichten 7.1 bis 7.16

Im November verschlechterte sich die Arbeitslage neuerlich. Die Zahl der *Beschäftigten* sank um 47.900 auf 1.930.700, während sie im November des Vorjahres nur um 19.400 auf 2.031.700 gesunken war. Die Beschäftigung sank daher nicht nur saisonbedingt, sondern auch infolge des Konjunkturrückganges, der seit etwa Anfang 1952 deutlich erkennbar ist. Der *saisonbereinigte* Index der Beschäftigten fiel allein im November um 1,7% auf 97,7 (1948 = 100) und war damit um 2,8% niedriger als im Juni und um 4,4% niedriger als im November 1951. Der frühe Beginn des Winters - es gab bereits im Dezember strengen Frost und Schneefälle - hat die Beschäftigtenzahl bis Ende Dezember um weitere 85.300 Arbeitskräfte auf 1.845.400, den niedrigsten Stand seit der Währungsreform i. J. 1947, vermindert.

Dem Rückgang der Beschäftigung entsprach die Zunahme der *vorgemerkten Stellensuchenden*. Ihre Zahl stieg im November um 48.700 auf 176.200 (1951 um 21.000), im Dezember um 73.000 auf 249.200 (1951 um 59.200). Zur Jahreswende gab es um 96.900 Stellensuchende mehr als Ende 1951 und um 34.100 mehr als Ende Februar, dem Höchststand der Winterarbeitslosigkeit 1951/52. Die nach Weihnachten üblichen Entlassungen im Handel und in den wichtigeren Konsumgüterindustrien, aber auch im Baugewerbe

haben die Arbeitslosigkeit im Jänner noch weiter gesteigert¹⁾.

Die Frauenarbeitslosigkeit tritt in letzter Zeit wieder stärker in den Vordergrund. Sie überholte schon Ende November mit 68.800 alle früheren Nachkriegshöhepunkte und stieg bis Ende Dezember weiter auf 76.200. Die Zunahme ist nicht wie in früheren Jahren auf den Zustrom neuer weiblicher Arbeitskräfte, sondern auf die Entlassung beschäftigter Frauen zurückzuführen. Das „sichtbare“ Frauenarbeitspotential (Beschäftigte + Arbeitslose) ist im Vergleich zum Vorjahr sogar zurückgegangen, und zwar prozentuell nahezu gleich stark wie das der Männer.

Beschäftigte und Arbeitslose

	Be- schäftigte	Männer Arbeits- lose	Zu- sammen 1.000 Personen	Be- schäftigte	Frauen Arbeits- lose	Zu- sammen
November 1951	1.341'3	47'5	1.388'8	660'4	45'6	706'0
November 1952	1.268'9	107'4	1.376'3	632'6	68'8	701'4

Die Arbeitslosigkeit stieg im November in allen Berufen, nur bei den Textilarbeitern ging sie geringfügig zurück. Bei den Eisen- und Metallarbeitern, Textilarbeitern, Papierarbeitern, chemischen Arbeitern, gastgewerblichen Arbeitern und bei den Angestellten war die Arbeitslosigkeit bereits höher als in der vorigen Wintersaison. Bei den Textil-, Papier- und Chemiearbeitern war sie allerdings niedriger als im Sommer.

Es ist nicht leicht, die Gründe für diese starke Verschlechterung der Beschäftigungslage gegenüber dem Vorjahr - bereits im Dezember 1952 waren 30.900 Personen weniger beschäftigt als im Februar des gleichen Jahres und um 111.500 weniger als im Dezember 1951 - bloßzulegen. Die ungünstige Exportentwicklung, die Ende 1951 einsetzte, hatte sicher dazu beigetragen, war aber wohl nicht entscheidend; die starke Erholung der Exporte seit September²⁾ hat am Beschäftigungsrückgang überhaupt nichts geändert, ja er hat sich in der gleichen Zeit eher verstärkt. Der steigende Export dürfte die Beschäftigung deshalb nicht gebessert haben, weil die zusätzlichen Exporte vielfach an die Stelle verringerter Inlandsverkäufe traten, soweit sie nicht überhaupt nur Abverkäufe vom Lager waren.

Die Abnahme der Bautätigkeit - insbesondere auf dem Privatsektor (die Mietzins erhöhungen haben nur zu kleineren Reparaturarbeiten geführt³⁾) - war

¹⁾ Mitte Jänner betrug die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden 281.300.

²⁾ Die Orders für diese Exporte müssen schon ab Juni eingegangen sein.

³⁾ Insbesondere auch infolge des hohen Zinsfußes für Hypotheken.

sicherlich ein wichtiger Grund für den Beschäftigungsrückgang. Von den 96.900 zusätzlichen Arbeitslosen, die es im Dezember 1952 gegenüber Dezember 1951 gab, entfielen nicht weniger als 38.000 (39%) auf Bauarbeiter und Bauhelfer. Der Einfluß der Bautätigkeit erklärt auch die relativ bessere Stellung Wiens, wo sie nicht so stark zurückging und nicht so sehr auf einige wenige Sommermonate konzentriert blieb¹⁾. Die Folge davon — zusammen mit einer Besserung in der Textil- und Bekleidungsindustrie — war, daß die Beschäftigung in Wien im November nur wenig zurückging und höher lag als in den Sommermonaten, während sie in den anderen Bundesländern beträchtlich unter das Sommerniveau, in Salzburg, Tirol und Vorarlberg sogar bereits unter den Tiefstand der Wintersaison 1951/52 zu liegen kam. Die Arbeitslosigkeit in Wien, die im November 1951 noch 45% der Gesamtarbeitslosigkeit betragen hatte, war im November 1952 auf 35% zurückgegangen. Im Dezember betragen die entsprechenden Anteile 33% (1951) und 29% (1952).

Das Sinken der Bautätigkeit erklärt nur einen Teil der Verschlechterung der Beschäftigungslage und kann keinesfalls die alleinige Ursache dieser Verschlechterung und schon gar nicht der ständig sinkenden Tendenz sein. Dagegen spricht schon die Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit in allen Berufen gestiegen ist und weiter steigt, insbesondere auch in der Eisen- und Metallindustrie, die von Export- und Produktionsrückschlägen verhältnismäßig wenig berührt wurde.

Eine Zunahme der Arbeitslosigkeit ist wohl auch auf die Absatzschwäche zurückzuführen, die zu Beginn des Jahres 1952 bei dauerhaften Konsumgütern einsetzte und nun auf die Produktionsgüterindustrien übergreift. Diese Absatzschwäche dürfte zusammen mit der Verteuerung und Verknappung der Kredite auch die Saisonarbeitslosigkeit verschärft haben. Vor allem beginnen sich unter diesen Umständen die arbeitssparenden Investitionen der vergangenen Jahre und die Konsolidierung der Bezugs- und Absatzbedingungen plötzlich stärker auszuwirken. Arbeitskräfte, die infolge der Rationalisierung schon einige Zeit nicht mehr voll ausgelastet worden waren, werden nunmehr freigesetzt.

¹⁾ Im Vergleich zu Oktober stieg die Arbeitslosigkeit unter den Bauarbeitern und Bauhelfern in den einzelnen Bundesländern um folgende Prozentsätze:

	Nov.	Dez.		Nov.	Dez.
Wien	76	280	Kärnten	412	1.118
Niederösterreich	124	316	Tirol	505	998
Oberösterreich	177	364	Vorarlberg	311	952
Salzburg	367	1.071	Burgenland	186	457
Steiermark	136	326			

Bei gleichbleibender Produktion sinkt daher die Beschäftigung. Alteingeführte, finanziell oder technisch besser fundierte Betriebe können einen größeren Teil der Produktion an sich bringen, was ebenfalls vorübergehend vielfach zu einem Rückgang der Beschäftigtenzahl führen muß, da diese Betriebe nun mit besser ausgenutzter Kapazität und daher rationeller arbeiten können. Für diese Annahme sprechen einige Tatsachen. So insbesondere die, daß der Beschäftigungsrückgang nur die Arbeiter trifft, die im technischen Produktionsprozeß stehen, während die Zahl der Angestellten weiter wächst, da sie durch Rationalisierungsmaßnahmen meist nicht betroffen werden oder aus ihnen sogar Nutzen ziehen. Die Zahl der Angestellten hat im November mit 366.500 einen neuen Höhepunkt erreicht.

Dafür, daß die Produktion dazu neigt, sich in größeren und älteren Betrieben zu konzentrieren, spricht, daß die Beschäftigung in den 1.678 von der Arbeiterkammer beobachteten Betrieben von 1951 bis 1952 trotz der gerade dort vorgetriebenen Rationalisierung nur um 0,8% zurückging, die Gesamtbeschäftigung (einschließlich dieser 1.678 Betriebe) jedoch um 2%²⁾.

Der technische Rationalisierungsprozeß macht sich nun auch in der Landwirtschaft stärker bemerkbar, wo der verstärkte Maschineneinsatz den Arbeitskräftebedarf verringert und in einen viel kürzeren Zeitraum zusammengepreßt hat. Die Abnahme der Zahl der beschäftigten Land- und Forstarbeiter ist daher immer weniger eine Folge der Landflucht, sondern teilweise auch die Folge verringerter Beschäftigungsmöglichkeiten. Während vom November 1950 bis November 1951 nicht nur die Zahl der beschäftigten Land- und Forstarbeiter von 210.700 auf 201.300, sondern auch die der arbeitslosen von 4.400 auf 2.800 zurückging, sank von November 1951 bis November 1952 zwar die Zahl der Beschäftigten neuerlich von 201.300 auf 194.800, die der Arbeitslosen stieg jedoch von 2.800 auf 6.100. Man kann daraus schließen, daß der Beschäftigungsrückgang in der Land- und Forstwirtschaft in jüngster Zeit auch von der Verringerung des Arbeitsplatzangebotes und nicht bloß des Arbeitskräfteangebotes herrührt. In die gleiche Richtung

Arbeitslage in der Land- und Forstwirtschaft

	Beschäftigte	Arbeitslose	Zusammen	Offene Stellen
	in 1.000			
November 1948	234'2	2'1	236'3	13'2
„ 1949	222'3	3'0	225'3	11'2
„ 1950	210'7	4'4	215'1	6'4
„ 1951	201'3	2'8	204'1	5'0
„ 1952	194'8	6'1	200'9	2'6

²⁾ Diese Prozentsätze beziehen sich auf die Jänner-November-Periode beider Jahre.

weist die Tatsache, daß im November 1951 den 2.800 arbeitslosen Land- und Forstarbeitern noch 5.000 offene Stellen gegenüberstanden, im November 1952 aber den 6.100 Arbeitslosen nur 2.600 offene Stellen.

Angesichts dieser längerfristigen Tendenzen, die auf die Beschäftigung einwirken, können die gegenwärtigen Maßnahmen, wie verstärkte Winterbauprogramme, die Freigabe von 500 Mill. S Counterpartmitteln, Bemühungen zur Sicherung des bestehenden Exportvolumens, zwar eine besondere Verschärfung der Arbeitslosigkeit verhindern und vor allem die hohe Winterarbeitslosigkeit wenigstens in ihrer Dauer etwas eindämmen; um aber das hohe Beschäftigungsniveau früherer Jahre wieder zu erreichen, ist es notwendig, für eine Ausdehnung von Produktion (und wohl auch der Exporte) zu sorgen, die den gesteigerten Produktionsmöglichkeiten entspricht.

Verkehr

Dazu statistische Übersichten 8.1 bis 8.12

Der Güterverkehr der Bundesbahnen war in der Herbstsaison, die normal im Monat November ihre Spitze erreicht, heuer viel schwächer als in früheren Jahren. Entgegen dem üblichen Leistungsverlauf waren sowohl die Netto-Tonnen- als auch die Wagenachs- und Zugskilometer von Oktober auf November rückläufig, teilweise allerdings zufolge des Ausfalles eines Arbeitstages gegenüber November 1951. Es entspricht durchaus der Eigenart der gegenwärtigen Konjunkturlage, daß nur der Binnenverkehr zurückging, während Ein-, Aus- und Durchfuhr im November höher waren als im Oktober, der Transit sogar um 20% (in netto-t-km).

Die Zahl der gestellten Wagen war mit 162.962 (Voll- und Schmalspur) um 7% niedriger als im Oktober (27 Arbeitstage gegen 24 im November), je Arbeitstag nahm die Wagenstellung jedoch um 4,7% zu, hauptsächlich infolge höherer Kohlen- und Zuckerrübentransporte. Fühlbar nahm hingegen der Trans-

Wagenstellungen nach Güterarten

(Voll- und Schmalspur)

	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	November	
					(+) gegen Vormonat insges.	(-) Arbeitstag
Insgesamt	144.290	152.399	175.135	162.962	- 7'0	+ 4'7
davon						
Kohle, Koks....	18.247	18.676	20.958	21.405	+ 2'1	+14'9
Holz.....	15.602	16.157	19.359	17.723	- 8'5	+ 2'9
Baustoffe	21.753	24.128	24.053	17.473	-27'4	-18'3
Eisen, Metalle ..	8.737	9.699	10.213	9.562	- 6'4	+ 5'3
Papier, Zellstoff ..	3.694	5.203	4.589	4.050	-11'7	- 0'6
Erze.....	6.339	6.529	6.333	5.962	- 5'9	+ 5'5
Kunstdünger....	2.659	2.624	2.425	3.248	+33'9	+50'0
Nahrungsmittel..	10.472	10.744	12.414	9.826	-20'9	-11'1
Stückgut	26.739	26.995	27.579	25.207	- 8'6	+ 2'8
Sammelgut	3.662	3.990	4.293	3.531	-17'7	-17'5
Zuckerrüben....	19	109	14.620	16.412	+12'3	+26'4
Andere.....	26.367	27.545	28.299	28.563	+ 0'9	+13'5

port von Baustoffen ab, und zwar absolut um 27% und arbeitstäglich um 18%.

Die Wagenlage hat sich gegenüber Oktober etwas entspannt. Die Knappheit an Hochbordwagen und großräumigen Flachwagen für die Schwerindustrie konnte durch verstärkten Einsatz von Fremdwagen gemildert werden. Der gesamte Wagenbedarf wurde zu 92,8% gedeckt, die Umlaufzeit betrug 5 Tage. Die Zahl der abgestellten Schadwagen sank von 3.225 auf 2.695 im Tagesdurchschnitt. Die durchschnittliche Bruttolast je Güterzug belief sich auf 549,6 t (Oktober 545,3 t); die Betriebsleistungen (brutto-t-km) gingen in den Direktionsbezirken Villach und Linz stark zurück, während sie im Wiener Verkehrsbereich zunahmen.

Der Personenverkehr war mit 4,89 Mill. verkauften Karten saisonüblich etwas niedriger als im Oktober, jedoch etwas höher als im Vergleichsmonat 1951 (4,73 Mill.).

Der Fremdenverkehr im Jahre 1951/52

Im Fremdenverkehrsjahr 1951/52¹⁾ wurden auf Grund vorläufiger Statistiken 16'64 Mill. Übernachtungen²⁾ gezählt. Da die schon im Winter beobachtete Stagnation (die Übernachtungen nahmen gegenüber dem Vorjahr nur um 4,9% zu) in der Sommersaison anhielt (+ 2,1%), war die Zunahme der Übernachtungen auch für das ganze Fremdenverkehrsjahr relativ gering (+ 2,8%). Die Frequenz blieb hinter der des Vorkriegsjahres 1936/37 um 12% zurück³⁾, wobei die Sommersaison den Vorkriegsstand um 18% unter, die Wintersaison jedoch um 10% überschritt. Der Ausländerverkehr war um 7%, der Inländerverkehr um 15% niedriger.

Der Fremdenverkehr 1951/52

	Inländer		Ausländer ²⁾		Insgesamt	
	1.000 Üb.	1950/51 = 100	1.000 Üb.	1950/51 = 100	1.000 Üb.	1950/51 = 100
Winterhalbjahr ¹⁾	3.024'0	100'3	1.455'4	116'1	4.477'4	104'9
Sommerhalbjahr ²⁾	8.010'4	99'6	4.153'1	107'2	12.163'5	102'1
Insgesamt..	11.034'4	99'8	5.606'5	109'4	16.640'9	102'8

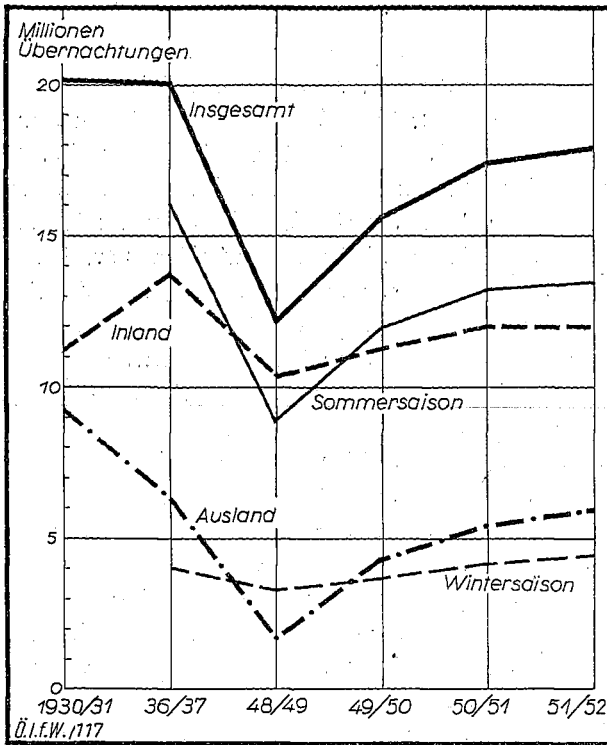
¹⁾ Endgültiges Ergebnis aus 1.700 Gemeinden. — ²⁾ Vorläufiges Ergebnis aus 780 Gemeinden; für den Vergleich wurde für 1951 ebenfalls das vorläufige Ergebnis zugrunde gelegt. — ³⁾ Ohne das Zollausschlußgebiet Mittelberg (Walsertal).

¹⁾ 1. November 1951 bis 31. Oktober 1952. Für das Winterhalbjahr (1. November 1951 bis 30. April 1952) liegen endgültige Meldungen aus rund 1.700 Gemeinden vor, während für das Sommerhalbjahr erst die Monatsmeldungen aus rund 780 Gemeinden verfügbar sind. Die endgültige Halbjahreszählung liegt um ungefähr 11% höher, das Jahresergebnis um 7% bis 8%.

²⁾ Ohne das Zollausschlußgebiet Kleines Walsertal; auch in allen folgenden Übernachtungszahlen ist das Walsertal (Mittelberg) nicht enthalten.

³⁾ Die noch ausstehenden Meldungen für das Sommerhalbjahr sind in den oben genannten Prozentsätzen erfahrungsgemäß einkalkuliert.

Entwicklung des österreichischen Fremdenverkehrs
(Normaler Maßstab; Millionen Übernachtungen)



Im österreichischen Fremdenverkehr zeigt sich nach einer raschen Erholung in den Jahren 1948 bis 1950 eine gewisse Stagnation, obwohl die Frequenz von 1936/37 erst zu 88% erreicht wurde. Dies gilt insbesondere für den Inländerverkehr, der von 1951 auf 1952 sogar leicht zurückging. Im Ausländerverkehr ist die Zunahme nur durch die erhöhten Besuche aus Westdeutschland bedingt; die Besuche aus allen anderen Ländern gingen stark — teils um 30 bis 35% — zurück.

Die Verschiebungen beruhen einerseits auf Änderungen der Urlaubsgewohnheiten zu Gunsten der Wintersaison, und zwar im Inländer- und Ausländerverkehr, sowie andererseits auf dem Ausfall eines erheblichen Teiles des einstigen Wiener Reisepublikums infolge von Einkommensumschichtungen.

Die Steigerung des Winterreiseverkehrs ist nur auf den um 40% höheren Inländerverkehr zurückzuführen, und zwar fast ausschließlich auf die erhöhte Reisefreudigkeit in den Bundesländern außer Wien, deren Übernachtungsfrequenz um 71% gestiegen ist, während das Wiener Reisepublikum nur um 7% zugenommen hat. Im Ausländerverkehr hat sich die Frequenz aus den westlichen Herkunftsländern zwar auch erhöht; die Zunahme reichte jedoch nicht aus, den Ausfall aus den Oststaaten (Studienaufenthalte, „Überwinterung“ kaufkräftiger Bevölkerungskreise) wettzumachen, deren Anteil vor dem Krieg 41% gegen 17% 1951/52 betrug.

Im Sommerhalbjahr konnte hingegen der Ausfall der Oststaaten, die i. J. 1936/37 45.9% der Ausländerübernachtungen stellten, fast vollkommen ausge-

glichen werden. Während die Ausländerfrequenz nur um 6.6% niedriger war, blieb der Inländerverkehr immer noch um 25% hinter dem Vorkriegsstand (8.65 Mill gegen 11.57 Mill. Übernachtungen) zurück. Die Ursache liegt ausschließlich im starken Rückgang der Besuche aus Wien von 8.19% Mill. auf 5.0% Mill. Übernachtungen, der auch durch die um 8% höhere Reisefrequenz der übrigen Bundesländer bei weitem nicht ausgeglichen werden konnte.

Diese Umschichtungen sind überwiegend struktureller Art. Es ist kaum anzunehmen, daß in den nächsten Jahren wesentliche Änderungen eintreten werden, es sei denn, daß speziell in Wien die Sozial-Touristik stark gefördert und der Winter-Reiseverkehr für Ausländer anziehender gestaltet wird.

Der Ausländer-Fremdenverkehr 1951/52

Die Steigerung des gesamten Fremdenverkehrs um 2.8% gegenüber 1950/51 ist ausschließlich dem höheren Ausländerfremdenverkehr zu danken (+ 9.4%). Eine Aufgliederung nach Herkunftsländern zeigt, daß für diese Zunahme die sprunghafte Erhöhung der Übernachtungen von Gästen aus Deutschland entscheidend war (+ 105.8%), denn außer Frankreich (+ 2.1%) und den USA (+ 10.3%) weisen alle übrigen Länder einen teils beträchtlichen Rückgang auf, der absolut bei England (- 18%), Italien (- 29%) und der Schweiz (- 25%) am stärksten ist und zusammen etwas über eine halbe Million Übernachtungen beträgt. Die gesamten Ausländer-Übernachtungen ohne jene von Deutschen sind um 12.7% von 4.17 Mill. auf 3.64 Mill. zurückgegangen.

Der Ausländer-Fremdenverkehr im Jahre 1951/52 nach Herkunftsgebieten

	Sommer-Saison 1952 ¹⁾			Fremdenverkehrsjahr 1951/52 ²⁾				
	1.000 Üb.	1951 = 100	Anteile 1952	1.000 Üb.	1951 = 100	Anteile 1952		
Insgesamt	4.491'7	108'2	—	6.277'9	109'4	—		
abz. Walsertal.	338'6	122'5	—	671'4	109'7	—		
Rest	4.153'1	107'2	100'0	5.606'5	109'4	100'0		
davon aus								
Deutschland ..	1.468'1	213'7	17'7	35'4	1.969'1	205'8	18'7	35'1
England	438'7	75'3	15'1	10'7	627'3	81'6	15'0	11'2
Italien	382'1	69'8	14'1	9'2	499'4	70'5	13'8	8'9
Schweiz	321'9	70'3	11'8	7'8	452'0	74'8	11'8	8'0
Frankreich ...	367'2	97'6	9'7	8'8	530'0	102'1	10'1	9'5
Holland	305'2	101'4	7'8	7'3	379'0	84'8	7'0	6'8
Belg./Luxbg. .	168'0	90'4	4'8	4'0	205'3	92'4	4'3	3'7
Schweden	105'8	90'2	3'0	2'5	125'3	88'5	2'8	2'2
Dänemark	100'8	71'1	3'7	2'4	113'9	72'5	3'1	2'0
USA	224'9	110'7	5'2	5'4	325'9	110'3	5'8	5'8
Andere	270'4	98'9	7'1	6'5	379'3	97'2	7'6	6'8
Ausland ohne								
Deutschland ..	2.685'0	84'3	82'3	64'7	3.637'4	87'3	81'3	64'9

¹⁾ Vorläufige Monatsergebnisse aus 780 Gemeinden. — ²⁾ Dem Winterhalbjahr 1951/52 wie 1950/51 liegen die endgültigen Halbjahresergebnisse zu Grunde; für beide Sommerhalbjahre die Monatsergebnisse.

Diese unterschiedliche Entwicklung hat die Anteile der einzelnen Herkunftsländer erheblich verschoben. Deutschland steht mit 35.1% weitaus an der

Spitze; ihm folgen England (11·2%), Frankreich (9·5%), Italien (8·9%) und die Schweiz (8·0%). Im Jahre 1936/37 hatte Deutschland trotz der erheblich größeren Bevölkerungszahl — praktisch kommen gegenwärtig nur Reisende aus der Westzone in Betracht — einen Anteil von 25·9% mit einer Übernachtungsfrequenz von 1·65 Mill. Übernachtungen (1.000 Mark-Sperre) gegen 1·97 Mill. jetzt. Im Jahre 1928/29 betrug die Frequenz allerdings 4·78 Mill., so daß mit einer weiteren Steigerung des deutschen Gästezustromes gerechnet werden kann. Die Frequenz der übrigen Länder scheint sich allmählich dem Vorkriegsniveau zu nähern. Die für Ausländer günstigen österreichischen Preisverhältnisse im Jahre 1950/51 gaben auch kaufkraftschwächeren Schichten die Möglichkeit zu einem Aufenthalt in Österreich; als die Preise stiegen, fiel dieses Reisepublikum wieder aus. Dies gilt besonders für die Italiener, aber auch für die Schweizer¹⁾. Ferner haben die wachsenden Devisenschwierigkeiten in einzelnen Ländern die Reise ins Ausland beschränkt, wie z. B. in England die 25-£-Grenze. Nicht zuletzt sind aber auch die Preissteigerungen und Preismanipulationen in den führenden österreichischen Fremdenverkehrsgebieten schuld, daß viele Ausländer ausblieben oder ihre Aufenthalte kürzten. Auch das kaufkräftigere österreichische Reisepublikum sah sich im Sommer 1952 in Italien und selbst in der Schweiz in mancher Hinsicht besser bedient als in Österreich.

Der beträchtliche Zustrom von Gästen aus Westdeutschland war vor allem der Aufhebung der Grenzformalitäten (Entfall der Anmeldeformalitäten und des Visums) und dem Freibetrag von 500 DM pro Person im Jahr zu verdanken. Dazu kommt, daß die deutschen Gäste vielfach aus rein touristischem Interesse einreisen und bei zu hohen Preisen in führenden Fremdenverkehrszentren in billigere Gebiete Österreichs ausweichen.

Die bevorzugten Fremdenverkehrsgebiete der Ausländer

Der Ausländerfremdenverkehr konzentrierte sich auf Tirol und Salzburg, die 62·5% aller Besuche (Übernachtungen) aus dem Auslande beherbergten. Der Rest verteilte sich ziemlich gleichmäßig auf Kärnten, Wien, Vorarlberg und Oberösterreich mit je 8 bis 9%. Nur die Steiermark mit 3·3% sowie Niederösterreich und das Burgenland mit zusammen bloß 0·7% fallen ganz ab.

¹⁾ Die italienischen Besuche (Übernachtungen) gingen von 734.900 im Jahre 1949/50 auf 499.400 im Jahre 1951/52 zurück (um 33%), jene der Schweiz um 34%.

In der Wintersaison ist die schwache Streuung zum Teil aus den wintersportlichen Gegebenheiten zu erklären. Obwohl im Sommer dieser Faktor wegfällt, ist die Streuung im Sommerhalbjahr nur wenig größer. So entfielen auf Tirol und Salzburg 62·4% und nur der Anteil von Kärnten ist im Sommer mit 11·3% höher als im Jahresdurchschnitt. Im Winter übten Vorarlberg und Wien nach Tirol und Salzburg die stärkste Anziehungskraft auf die Ausländer aus; im Sommer dagegen Kärnten und Oberösterreich.

Übrigens waren auch vor dem Kriege die Ausländerbesuche sehr ungleichmäßig auf das Bundesgebiet verteilt. Im Jahre 1936/37 entfielen 44% auf Wien, 18% auf Tirol, 11% auf Salzburg, 8% auf Niederösterreich und 6% auf Steiermark. Die restlichen vier Bundesländer hatten ebenfalls nur einen Anteil von zusammen 13%. Die politischen Umwälzungen in Osteuropa haben nur eine Verlagerung des Schwerpunktes nach dem Westen verursacht — in Wien waren 52% aller Fremden aus Osteuropa, in Niederösterreich 67% — und es ist auch im Falle einer Aufhebung der Demarkationslinie keine entscheidende Belebung zu erwarten, da ein großer Teil der seinerzeitigen Besucher aus Westeuropa Durchreisende nach dem Osten waren, die für kurze Zeit die Reise in Wien unterbrachen. Durch die jetzige politische Grenzlage haben Wien und Niederösterreich erheblich an touristischer Werbekraft verloren.

Von Interesse ist auch, welche Gebiete die ausländischen Gäste bevorzugt haben. Die Engländer, Holländer, Franzosen und Belgier besuchten vorwiegend (59%, 53%, 49% und 46%) Tirol, dessen Gesamtanteil am Ausländerbesuch 37% betrug. Rund 70 bis 75% dieser Gäste entfallen auf Tirol und Salzburg, während der Rest überwiegend Vorarlberg bevorzugte. Auch alle anderen Nationen ziehen zwar Tirol vor, jedoch in geringerem Ausmaß. Am gleichmäßigsten über das ganze Bundesgebiet verteilen sich die Gäste aus Italien und der Schweiz. Von den

Die Verteilung der ausländischen Gäste auf die Bundesländer

	Tirol	Slbg.	Kärnten	Wien	Vlbg.	O. O.	Übrige Länder	Auf 3 entfielen
	in %							
Deutschland	34	32	11	1	9	8	5	77
England	59	16	6	7	7	3	2	82
Italien	29	22	16	17	3	4	9	68
Frankreich	49	19	5	7	14	4	2	82
Holland	53	16	7	3	14	4	3	83
Schweiz	24	22	5	10	12	24	3	70
Belgien	46	26	7	7	8	6	0	80
USA	23	33	4	26	4	8	2	82
Insgesamt	37	26	9	8	8	8	4	72
Sommerhalbjahr	33	29	11	8	6	8	5	73
Winterhalbjahr	47	16	2	12	14	6	3	77
Ausländer in %								
von Gesamt	77	44	36	57	64	18	4	—

deutschen Gästen besuchten 66% Tirol und Salzburg, während sich der Rest ziemlich gleichmäßig größtenteils auf Kärnten, Vorarlberg (ohne Walsertal) und Oberösterreich verteilte.

Gegenüber dem Fremdenverkehrsjahr 1950/51 ist ganz allgemein eine Verlagerung von Salzburg nach Tirol und anderen Bundesländern zu beobachten. Die gute Entwicklung der Ausländerfrequenz in Oberösterreich (+ 25%), Vorarlberg (+ 14%) und Kärnten (+ 14%) zeigt, daß geschickte Werbung und vorteilhafte Arrangements durchaus eine günstigere Verteilung herbeiführen können. Freilich wären vor allem in Kärnten und Steiermark beträchtliche Investitionen erforderlich.

Die regionale Verteilung des gesamten Fremdenverkehrs im Jahre 1951/52

Die starke Konzentration des Ausländerfremdenverkehrs auf Tirol und Salzburg (63%) wird durch den Inländerverkehr, der sich vor allem auf Niederösterreich, Oberösterreich und die Steiermark erstreckt (63%), weitgehend ausgeglichen. Im Gesamtverkehr entfallen daher auf Niederösterreich (17·8%) fast ebensoviele Übernachtungen wie auf Salzburg (19·6%), und die Steiermark (13·6%) steht hinter Tirol (16·2%) nur wenig nach. Die Fremdenverkehrsstruktur ist aber aus obengenannten Gründen in den beiden Ländergruppen sehr verschieden. So betrug der Anteil der Ausländer in Niederösterreich nur 1·5%, in Tirol hingegen 76·8%, in der Steiermark 8·2%, in Salzburg aber 43·8% und in Oberösterreich 17·5% gegen 63·5% in Vorarlberg (ohne Walsertal). Kärnten und Wien nehmen mit 35·5% und 57·4% eine Mittelstellung ein.

Die regionale Verteilung des Fremdenverkehrs im Jahre 1951/52

	Sommer-Saison 1952 ¹⁾			Fremdenverkehrsjahr 1951/52 ²⁾			
	Gesamt	Inländer	Ausländer	Gesamt	Inländer	Ausländer	
	1.000 ÜB.			= 100			
Österreich	12.163'5	8.010'4	4.153'1	16.641'2	102'8	11.034'5	5.606'7
Wien	494'3	176'7	317'6	848'5	93'1	361'1	487'2
N. Ö.	2.240'8	2.207'9	32'8	2.966'0	109'4	2.922'0	44'0
O. Ö.	1.808'5	1.470'1	338'4	2.400'6	104'8	1.980'3	420'3
Salzburg	2.414'3	1.212'1	1.202'3	3.259'1	92'9	1.831'4	1.427'7
Steiermk.	1.628'3	1.479'1	149'2	2.257'9	97'8	2.073'7	184'2
Kärnten	1.285'2	816'7	468'5	1.415'2	101'2	913'4	501'8
Tirol	1.836'0	449'5	1.386'5	2.700'4	115'8	625'6	2.074'8
Vorarlbg.	414'5	157'5	257'0	732'9	111'9	267'5	465'4
Burgenld.	41'6	40'8	0'8	60'6	92'9	59'5	1'1

¹⁾ Monatsergebnisse aus 780 Gemeinden. — ²⁾ Für das Winterhalbjahr endgültiges Halbjahresergebnis.

Gegenüber dem Vorjahr war die Entwicklung in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich. Im Gesamtverkehr ging die Frequenz in Wien, Salzburg, der Steiermark und dem Burgenland zurück, während sie in den anderen Ländern zunahm; am

Veränderungen im Reiseverkehr in den einzelnen Bundesländern gegenüber 1950/51

	Gesamt	Inländer	Ausländer	Winter-Halbjahr	Sommer-
Tirol					
1.000 Übernachtungen	+ 368'9	+ 16'0	+ 352'9	+ 156'9	+ 212'0
in %	+ 15'8	+ 2'6	+ 20'5	+ 22'2	+ 13'1
Anteil in %	100'0	4'3	95'7	42'5	57'5
Niederösterreich					
1.000 Übernachtungen	+ 255'6	+ 249'6	+ 6'0	+ 89'8	+ 165'8
in %	+ 9'4	+ 9'3	+ 15'8	+ 14'1	+ 8'0
Anteil in %	100'0	97'7	2'3	35'1	64'9
Oberösterreich					
1.000 Übernachtungen	+ 109'0	+ 25'0	+ 84'0	+ 29'5	+ 79'5
in %	+ 4'8	+ 1'3	+ 25'0	+ 5'2	+ 4'6
Anteil in %	100'0	22'9	77'1	27'1	72'9
Vorarlberg¹⁾					
1.000 Übernachtungen	+ 77'9	+ 20'0	+ 57'9	+ 30'4	+ 47'5
in %	+ 11'9	+ 8'1	+ 14'2	+ 10'6	+ 12'9
Anteil in %	100'0	25'7	74'3	39'0	61'0
Kärnten					
1.000 Übernachtungen	+ 16'1	— 46'2	+ 62'3	— 4'1	+ 20'2
in %	+ 1'2	— 4'8	+ 14'2	— 3'1	+ 1'6
Salzburg					
1.000 Übernachtungen	— 249'1	— 188'1	— 61'0	— 81'4	— 167'7
in %	— 7'1	— 9'3	— 4'1	— 8'8	— 6'5
Anteil in %	100'0	75'5	24'5	32'7	67'3
Wien					
1.000 Übernachtungen	— 63'0	— 27'0	— 36'0	— 11'3	— 51'7
in %	— 6'9	— 7'0	— 6'9	— 3'1	— 9'5
Anteil in %	100'0	42'9	57'1	17'9	82'1
Steiermark					
1.000 Übernachtungen	— 50'6	— 68'0	+ 17'4	+ 11'1	— 61'7
in %	— 2'2	— 3'2	+ 10'4	+ 1'8	— 3'7
Burgenland					
1.000 Übernachtungen	— 4'6	— 4'8	+ 0'2	— 10'2	+ 5'6
in %	— 7'1	— 7'5	+ 22'2	— 34'9	+ 15'5
Österreich¹⁾					
1.000 Übernachtungen	+ 460'2	— 22'5	+ 482'7	+ 210'5	+ 249'7
in %	+ 2'8	— 0'7	+ 9'4	+ 4'9	+ 2'1
Zunahme	+ 827'5	+ 310'6	+ 580'7	+ 317'7	+ 530'6
Abnahme	— 367'3	— 333'1	— 98'0	— 107'2	— 280'9

¹⁾ Ohne Mittelberg (Walsertal).

stärksten in Tirol mit 15·8%. Die Ursache dieser unterschiedlichen Entwicklung liegt vor allem in einer Umschichtung des Inländerfremdenverkehrs, der sich in starkem Maße, hauptsächlich auf Kosten von Salzburg und der Steiermark, nach Niederösterreich verlagerte. Auch Kärnten hatte einen stärkeren Verlust im Inländerverkehr zu verzeichnen, der jedoch durch den um 14·2% höheren Ausländerbesuch ausgeglichen wurde. Außer in Wien und Salzburg ist der Ausländerverkehr in allen Ländern gestiegen. Relativ am stärksten in Oberösterreich (+ 25%) absolut aber in Tirol mit 352.900 Übernachtungen.

Salzburg wurde von der Umschichtung am meisten getroffen, da es auch im Ausländerfremdenverkehr Gäste insbesondere an Tirol und Oberösterreich abgeben mußte. Es verlor insgesamt 249.100 Übernachtungen, d. s. 71% der Frequenz des Jahres 1950/51. Die Preispolitik des Gastgewerbes, verschärft durch die Kaufkraftschrumpfung von 1950 auf 1951 dürfte hiebei die entscheidende Ursache gewesen sein. Die vermehrten Auslandsreisen der Österreicher können nur einen geringen Einfluß aus-

geübt haben, da die gesamte Inländerfrequenz nur um 0,7% niedriger war als 1950/51.

Die relativ stärkere Zunahme des Fremdenverkehrs im Winter — in Tirol um 22,2% (gegen 13,1% im Sommer), Niederösterreich um 14,1% (8,0%) und Oberösterreich um 5,2% (4,6%) — ist ein Zeichen für die noch immer wachsende Vorliebe für den Winterreiseverkehr.

Die Devisenbilanz des Fremdenverkehrs

Die *Deviseneinnahmen* aus dem Fremdenverkehr sind nach den Preissteigerungen von 1951 auf 1952 (+ 25%) erheblich stärker (+ 52%) gestiegen als die Zahl der Übernachtungen (+ 9,4%). Die von der Nationalbank im Fremdenverkehrsjahr 1951/52 eingelösten Reisedevisen beliefen sich auf 732,6 Mill. S, d. s. 51,9% mehr als im Jahre 1950/51. Allerdings war im Jahr vorher noch ein Teil (ungefähr 15%) der Devisen auf den Schwarzen Markt geflossen, so daß sich eine reale Steigerung um 32% ergeben würde, was auch ungefähr der Frequenz- und Preissteigerung entspricht.

Die Tages-Kopfquote betrug im Jahre 1951/52 131 S gegen 108 S im Jahre 1950 (einschließlich Schwarzmarkt).

Die *Devisenausgänge* für Reisen ins Ausland, von denen allerdings nur ein Bruchteil auf Vergnügungsreisen entfällt, sind von 114,2 Mill. auf 146,9 Mill. S, oder um 28,6% gestiegen. Der Devisensaldo war mit 585,6 Mill. S nominell um 59,2%, wenn der Schwarze Markt einbezogen wird um 33%, größer als im Jahr vorher.

Die Bedeutung der Fremdenverkehrsdevisen für den Zahlungsbilanzausgleich war viel geringer als vor dem Krieg. In Dollarpreisen zu 1937 gerechnet standen im Jahre 1951/52 nur 14,1 Mill. Dollar zur Verfügung gegen 41,1 Mill. Dollar vor dem Krieg; die Kaufkraft der Deviseneinnahmen 1951/52 betrug nur 34,3% jener von 1936/37, obwohl die Fremdenverkehrsfrequenz nur um 7% niedriger war als vor dem Krieg. Das Handelsbilanzpassivum im Fremdenverkehrsjahr 1951/52 (einschließlich ERP-Lieferungen 3,92 Mrd. S) konnte daher nur zu 19% gedeckt werden (43% ohne ERP-Importe), im Jahre 1936/37 zu 80%.

Devisenbilanz aus dem Reiseverkehr

	1950/51	1951/52	1950/51 = 100
	1.000 S		
Einnahmen	482.137	732.567	151,9
davon Winterhalbjahr	109.243	132.123	120,9
Sommerhalbjahr	372.894	600.444	161,0
Ausgaben	114.220	146.919	128,6
Überschuß	367.917	585.648	159,2

Außenhandel

Dazu statistische Übersichten 9.1 bis 9.6

Die seit September anhaltende Exportkonjunktur, zusammen mit dem üblichen saisonmäßigen Aufschwung, brachte die *Ausfuhr* im November wert- und volumenmäßig auf einen neuen Höhepunkt. Mit 1.027 Mill. S überstieg sie zum erstenmal die Milliardengrenze und mit einem Volumen von 138 (1937 = 100) wurde auch zum erstenmal das Ausfuhrvolumen von Ende 1950 überschritten. Falls nicht ein unerwarteter Rückschlag eintritt, ist für Dezember — dem saisonmäßig besten Monat — mit einer neuerlichen Steigerung zu rechnen¹⁾. Erst im Jänner ist aus Saisongründen ein Rückgang zu erwarten.

Infolge der starken Zunahme der Ausfuhr in den letzten Monaten übersteigt der Ausfuhrwert der Monate Jänner bis November mit 9,8 Mrd. S bereits den Ausfuhrwert des ganzen Jahres 1951 (9,6 Mrd. S). Die Einfuhr der ersten elf Monate (12,9 Mrd. S) liegt hingegen noch unter dem Vorjahreswert (14 Mrd. S), der zu Jahresschluß wieder ungefähr erreicht werden dürfte²⁾. Die Handelsbilanz 1952 wird daher ein günstigeres Bild ergeben als die des Jahres 1951.

Volumenmäßig erreichte der Export der Monate Jänner bis November 1952 allerdings noch nicht das Vorjahresniveau. Die Exportpreise waren im Jahre 1952 im Durchschnitt höher als im Jahre 1951, da der Preisrückgang, der im Frühjahr einsetzte, die Preissteigerungen, die dem fünften Preis-Lohn-Abkommen gefolgt waren, nicht ganz wettmachen konnte. Soll das Exportvolumen 1952 die gleiche Höhe erreichen wie im Jahre 1951 (110% von 1937), so müßte die Dezemberausfuhr ein Rekordvolumen von mindestens 139 erreichen, was im Rahmen der üblichen saisonmäßigen Entwicklung durchaus wahrscheinlich ist. Die so dringend erforderliche *Steigerung* des Exportvolumens über den im Jahre 1951 erreichten Stand hinaus hat das Jahr 1952 nicht gebracht.

Die Zunahme des Exports im November um 50 Mill. S war hauptsächlich der Belebung des Verkehrs mit Westdeutschland (+ 33 Mill. S) zu danken, dessen Anteil an Österreichs Ausfuhr in letzter Zeit rasch gewachsen ist. Er betrug 14,2% i. J. 1951, 19,2% in den ersten drei Quartalen 1952, im Oktober 21,9% und im November 24,1%.

Während im Oktober vor allem die Rohstoffausfuhr gestiegen war, nahm im November erfreulicherweise der Fertigwarenexport stärker zu; die

¹⁾ Im Verkehr mit der EZU entstand im Dezember neuerlich ein Überschuß von 6,6 Mill. Dollar.

²⁾ Wobei die kommerzielle Einfuhr etwas über und die ERP-Einfuhr etwas unter dem Vorjahreswert liegen wird.

Ausfuhr von Rohstoffen blieb auf dem Niveau des Vormonats.

Die *Einfuhr* war im November mengen-, wert- und volumenmäßig die weitaus niedrigste im Jahre 1952 und blieb auch hinter den Resultaten früherer Jahre zurück. Die Gesamteinfuhr sank um 143 Mill. S auf 884 Mill. S, die ERP-Einfuhr um 114 Mill. S auf bloß 44 Mill. S, die kommerzielle Einfuhr um 29 Mill. S auf 840 Mill. S. Das gesamte Einfuhrvolumen betrug nur 80% des Monatsdurchschnitts von 1937, gegenüber einem Monatsdurchschnitt von 104 in den Monaten Jänner bis Oktober und 106 im Jahre 1951.

Der Einfuhrückgang traf vor allem Nahrungsmittel (— 89 Mill. S); die ERP-Getreidelieferungen sanken im November auf einen Bruchteil der Vormonatswerte. Das gleiche trifft für ERP-Kohlenlieferungen zu. Die kommerzielle Nahrungsmittel- und Brennstoffeinfuhr dagegen übertraf die vom Vormonat. Die Rohstoff- und die Fertigwareneinfuhr gingen zurück.

Die außerordentlich geringen Einfuhren bei gleichzeitig erhöhter Ausfuhr hatten einen *Einfuhrüberschuß* zur Folge: Er betrug im Gesamtußenhandel 143 Mill. S, im kommerziellen Verkehr 187 Mill. S.

Die Exportsteigerung seit September 1952

Seit September hat sich die Ausfuhr belebt. Dieser Aufschwung ist nur zum Teil aus der Saisonbewegung zu erklären, wie aus folgendem hervorgeht: die Ausfuhrwerte stiegen im Jahre 1951 (5. Preis-Lohn-Abkommen) von 100 im Durchschnitt der ersten drei Vierteljahre auf 110 im September, 107 im Oktober und 109 im November; im Jahre 1952 dagegen waren die analogen Ausfuhrwerte trotz fallender Ausfuhrpreise 100, 106, 112 und 118.

Die Ausfuhr stieg in allen Warengruppen mit Ausnahme der chemischen Erzeugnisse, deren Gesamtexport durch einen starken Rückgang der Kalkammonsalpeterausfuhr gedrückt wurde, obwohl einige Gruppen (Farbstoffe, medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse, ätherische Öle und kosmetische Erzeugnisse) weit überdurchschnittliche Werte erzielen konnten. Die Exportsteigerung war jedoch keineswegs bei allen Waren gleich groß. Es ist bei der Vielzahl der Warengruppen und Waren — zumal für den relativ kurzen Zeitraum von 3 Monaten — schwer, gemeinsame Ursachen und Gründe für die unterschiedliche Entwicklung zu erkennen. Aber einige Merkmale der Ausfuhrsteigerung lassen sich doch feststellen.

Für die starke Zunahme der Ausfuhr von Nahrungsmitteln, die das saisonübliche Ausmaß weit überschritt, waren verschiedene Faktoren maßgebend. Einerseits normalisiert sich die heimische Nahrungsmittelversorgung — insbesondere seit der letzten Ernte — zusehends und damit werden wie vor dem Kriege Nahrungsmittel nicht nur ein-, sondern auch ausgeführt; ferner bietet eine gewisse Konsumschwäche und damit verbundene Preisschwäche erhöhten Anreiz zum Export (so bei Fleisch; dieser Faktor spielt aber auch bei anderen Waren eine Rolle); und schließlich hat das Kopplungsverfahren die Ausfuhr gewisser Nahrungsmittel (Schokoladewaren, Backwaren) begünstigt.

In manchen Zweigen gab es eine bedeutende Exportbelebung, weil sie den Konjunkturaufschwung im Ausland besonders rasch zu fühlen bekamen. Das traf vor allem für Erze und Schrott, aber auch Holz und gewisse Textilprodukte zu. Die Exporte anderer Waren stiegen offensichtlich nur vorübergehend (z. B. Motorwagen, Lastautomobile).

Große Bedeutung für den Exportaufschwung hat die Ausdehnung und das bessere Funktionieren der Kopplungsgeschäfte, denn der Export nahm vor allem bei jenen Warengruppen überdurchschnittlich zu, die in den Kopplungslisten angeführt sind. Dieser Umstand — nebst einer Tendenz zum Lagerabbau und der bereits erwähnten Schwäche des heimischen Marktes — hat vor allem zu einem merklichen Steigen des Volumens der Ausfuhr von Konsumfertigwaren¹⁾ geführt, das im November zum erstenmal das durchschnittliche Monatsausfuhrvolumen von 1937 überschritt.

Fälle überdurchschnittlicher Ausfuhrsteigerung

Warengruppe	Sept. (Jänner bis 1952 = 100)	Ausfuhr Okt. Nov. September	Be- sonders starke Export- zunahme	50 bis 100% des Um- satzes kopplungs- fähig ²⁾
Ausfuhr insgesamt	106	112	118	
Ernährung	207	517	656	
Lebende Tiere	125	2.937	1.814	*
Fleisch und Fleischwaren	201	172	325	*
Molkereierzeugnisse, Eier, Honig	34	304	149	*
Fische	16	13	16	
Getreide, Müllereierzeugnisse und Back- waren	351	297	143	*
Obst und Gemüse	335	1.155	3.910	*
Zucker und Zuckerwaren	137	60	78	*
Kaffee, Tee, Kakao ³⁾	401	273	258	*
Futtermittel	77	126	678	*
Verschiedene Nahrungsmittel	19	150	78	
Getränke und Tabak	106	205	103	
Getränke	149	63	121	
Tabak und Tabakwaren	2	259	60	

(Fortsetzung auf S. 356)

¹⁾ Lederwaren, Kautschukwaren, Papierwaren, Glaswaren, Feinkeramik, sanitäre Anlagen, Möbel, Koffer und Taschenerwaren, Kleidung, Schuhwaren, feinmechanische Geräte, Büroartikel, Musikinstrumente, Spielzeug usw.

(Fortsetzung von S. 355)		Ausfuhr		Be- sonders starke Export- zunahme	50 bis 100% des Um- satzes kopplungs- fähig ¹⁾	Warengruppe	Ausfuhr		Be- sonders starke Export- zunahme	50 bis 100% des Um- satzes kopplungs- fähig ¹⁾
Warengruppe	Sept. (Jänner bis September 1952 = 100)	Oktober	Nov.				Sept. (Jänner bis September 1952 = 100)	Oktober		
Rohstoffe (ohne Brennstoffe)	106	119	119			davon: Kammgarne, n. b. b., roh ..	215	299	256	
Häute, Felle und Pelze	32	72	52			Kammgarne gebleicht, ge- färbt.	241	287	336	
Ölsaaten und Ölf Früchte	—	22	—			Zellwollgarne	191	675	683	
Rohkautschuk und regenerierter Kau- tschuk	57	—	—			Baumwollgewebe, gefärbt ..	268	246	317	
Holz und Kork	114	122	122			Hutstumpen aus Haarfilz ..	306	288	257	
davon: Grubenholz	133	172	209			Waren aus mineralischen Stoffen	113	104	114	
Papierzeug und Altpapier	89	88	102			Silber, Platin, Edelsteine und Schmuck- waren	134	177	195	*
Spinnstoffe und Abfälle	59	156	144	*	*	Edelsteine	100	111	103	
davon: Zellwolle	60	156	149			Metallwaren	104	110	119	*
Natürliche Düngemittel	104	104	93			Maschinen und Verkehrsmittel	109	101	105	
Erze und Schrott	135	127	129	*	*	Maschinen	101	104	110	*
davon: Schwefelkies	204	154	162			Elektrotechnische Maschinen, Apparate und Geräte	98	82	87	*
Eisen- und Stahlschrott	354	321	331			Verkehrsmittel	145	117	117	*
Tierische und pflanzliche Rohstoffe ...	69	93	73			davon: Eisenbahnlokomotiven und andere	72	362	227	
Mineralische Brennstoffe und Energie	115	187	188	*	*	Motorwagen, n. a. g.	900	789	816	
Tierische und pflanzliche Öle und Fette	306	19	144			Lastautomobile	391	358	215	
Chemische Erzeugnisse	95	58	43	*	*	Sonstige Fertigwaren	113	126	187	
Chemische Grundstoffe und Verbindun- gen	78	88	62			Fertighäuser, sanitäre Anlagen etc.	44	115	325	*
Teer und chemische Rohprodukte der Kohle	201	261	55			Möbel	174	277	323	*
Farb- und Gerbstoffe, Farben	151	123	219	*	*	Koffer und Taschnerwaren	37	200	265	*
Medizinische und pharmazeutische Er- zeugnisse	188	272	399	*	*	Kleidung	144	121	154	*
Ätherische Öle, kosmetische Erzeug- nisse	200	267	178	*	*	Schuhwaren	132	89	2.011	*
davon: feine Seifen	228	291	197			Feinmechanische und optische Erzeug- nisse	98	105	123	*
Künstliche Düngemittel	82	24	10			Verschiedene Fertigwaren	124	144	136	*
Verschiedene chemische Stoffe und Er- zeugnisse	115	95	116							
Halb- und Fertigwaren	106	112	117							
Leder und Lederwaren	381	166	119	*	*					
Kautschukwaren	147	136	136	*	*					
davon: Mäntel für Kraftfahrzeuge ..	233	294	239							
Medizinische und chirurgi- sche Artikel aus Gummi ..	227	185	214							
Kämme	127	150	157							
Treibriemen	125	114	268							
Holz- und Korkwaren	193	245	343	*	*					
davon: Furniere	407	262	276							
Kisten	160	224	370							
Papier und Pappe, Papierwaren	89	89	117	*	*					
Garne, Gewebe und Textilfertigwaren ..	117	141	138	*	*					

¹⁾ In dieser Spalte sind jene Warengruppen mit einem * angezeichnet, bei denen der Umsatz der auf der Kopplungsliste enthaltenen förderungswürdigen Ausfuhrwaren im 1. Halbjahr 1952 mehr als 50% ausmachte. (Siehe Nr. 10 der Monatsberichte, Jg. 1952, S. 293.)

²⁾ Es handelt sich hier vorwiegend um die Ausfuhr von Schokolade und Schokoladenwaren.

Ausfuhrvolumen der Konsumfertigwaren

	1951	1952		1951	1952
	1937 = 100			1937 = 100	
I.	66	55	VII.	77	81
II.	66	63	VIII.	72	74
III.	77	62	IX.	78	100
IV.	62	60	X.	73	95
V.	58	64	XI.	77	115
VI.	67	82	XII.	79	